Inhaltsverzeichnis

1. Ein Jahr Prabowo - Konsolidierung der Oligarchie, Zusammenbruch der ökologischen Gerechtigkeit und Bedrohung der Sicherheit der Bevölkerung, gekürzte Übersetzung der Publikation von WALHI.....2

2. IEU-CEPA: Risiken für Menschenrechte und Umwelt in Indonesien, von Watch Indonesia! 13

3. Technokratischer Aktivismus in Indonesien, von Abdil Mughis Mudhoffir.....22

4. Die Rückkehr der militärischen Macht in Indonesien, von Frans Ari Prasetyo...28

5. Indonesiens politisch-administrativer Niedergang angesichts der Neuordnung der Machtverhältnisse zwischen Prabowo und Jokowi, von Defny Holidin.....39

Ein Jahr Prabowo - Konsolidierung der Oligarchie, Zusammenbruch der ökologischen Gerechtigkeit und Bedrohung der Sicherheit der Bevölkerung

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine stark gekürzte eigene Übersetzung der Publikation von WALHI: „Catatan kritis – satu tahun pemerintah Prabowo - Kosolidasi Oligarki, Ambruknya Keadilan Ekologis, dan Terancamnya Keselamatan Rakyat". Die originale Fassung ist verfügbar unter https://www.walhi.or.id/uploads/WALHI_2025-2029/Dokumen/Catatan Kritis Satu Tahun Pemerintahan Prabowo 2025.pdf

Einleitung

„*Indonesia gelap*" (dt. „dunkles Indonesien") ist nicht nur ein Hashtag, sondern spiegelt vielmehr die Realität in Indonesien unter der Führung von Präsident Prabowo und seines Vizepräsidenten Gibran wider. Eine Erhöhung der Anzahl der Ministerien, eine Politik, die den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt missachtet, sowie die Wiederbelebung militärischer Dominanz im zivilen Bereich kennzeichnen den Rückschritt in Indonesien. Während Prabowo in seinen Reden die Verfassung und die Souveränität des Volkes preist, wird diesen in der Praxis keine große Beachtung geschenkt.

Das erste Jahr unter der Regierung von Prabowo-Gibran hat gezeigt, dass sich die indonesische Demokratie immer weiter vom Geist der Verfassung entfernt. Es gibt offene Ambitionen, die Rolle des Militärs wieder zu stärken, was sich sowohl durch politische Maßnahmen zeigt als auch in der Praxis der Staatsführung, die geprägt ist durch militärische Ansätze. Die Fehler der Vorgängerregierung Joko Widodos werden unter Prabowo und Gibran fortgesetzt. Die Politik des Extraktivismus wird verstetigt und die Rechte der Bürger*innen auf eine intakte und gesunde Umwelt werden vernachlässigt.

Um des Wirtschaftswachstums willen: Lebensgrundlagen werden verpfändet und ein Berg von Schulden hinterlassen

Die Regierung Prabowos hat für die Wirtschaft ein Wachstumsziel von 8 % festgelegt.

Um dieses zu erreichen, muss die Regierung Investitionen weiter ankurbeln, insbesondere durch die Ausweitung von Genehmigungen für die Ausbeutung natürlicher

Ressourcen. Dies bleibt nicht ohne Folgen für die Umwelt und die soziale Ungleichheit. Neben den Investitionen wird die Wachstumsstrategie auch mit einer Steigerung der Produktions- und Konsumaktivitäten einhergehen, was wiederum Extraktion und Ausbeutung natürlicher Ressourcen mit sich bringt. Die Wirtschaft nimmt auf das Gleichgewicht zwischen Extraktion und Regeneration der Natur keinerlei Rücksicht.

Bei der Verfolgung ihrer Wachstumsziele setzt die Regierung besonders auf die Ausweitung der Weiterverarbeitung und Veredelung (Hilirisasi) von Mineralien und Forstprodukten, aber auch andere nationale strategische Projekte werden weiter vorangetrieben. Grenzen der Belastbarkeit der Umwelt werden dabei außer Acht gelassen. Der Konsum soll gefördert werden, um so die Gewinne der Produzenten abzusichern, was dann wiederum das Abfallaufkommen und die Belastung für die Umwelt weiter erhöht. Dieser Teufelskreis beschleunigt die Klimakrise und verschärft das Risiko ökologischer Katastrophen.

Um die Wirtschaft weiter anzukurbeln, erscheinen der Regierung konsumtive, schuldenfinanzierte Staatsausgaben ein probates Mittel. Doch allein im Jahr 2025 muss die indonesische Regierung Schulden in Höhe von bis zu 1.353,2 Billionen Rupiah (ca. 69 Mrd. Euro) tilgen.[1] Man kann sich vorstellen, wie der Schuldenberg weiter wachsen wird, wenn mit Hilfe von Krediten ein Wirtschaftswachstum von 8 % erzielt werden soll. Die Schulden und Zinsen werden auch von zukünftigen Generationen getragen werden müssen, was ihnen möglicherweise kaum eine andere Wahl lässt, als die natürlichen Ressourcen noch stärker auszubeuten, um so die Schulden bedienen zu können.

Wachsender Staatsapparat als Spiegel der Transaktionspolitik

Das große Kabinett, das von Prabowo gebildet wurde, ist ein Spiegelbild einer zunehmend offen zutage tretenden Transaktionspolitik – einer Politik des Gebens und Nehmens, bei der Posten und Ämter gegen Loyalität und Unterstützung eingetauscht werden.

Noch nie in der Geschichte Indonesiens gab es ein so großes Kabinett mit insgesamt 48 Ministerien sowie 109 Minister*innen und Stellvertreter*innen. Möglich wurde dies durch eine Revision des Gesetzes Nummer 39 von 2008 über Staatsministerien, welche die Obergrenze für die Anzahl der Ministerien aufhob.

WALHI bewertet das Aufblähen des Kabinetts nicht nur als einen Ausdruck politischer Gier, sondern auch als Rückschritt der Bürokratiereform. Jedes weitere Ministerium bedeutet weitere Verwaltungsebenen, einen größeren Beamtenapparat und die Zunahme sektoraler Interessen. Dies alles lähmt die Arbeit des Staates. Dabei erfordern die Probleme des Landes eine solide sektorübergreifende Koordination, nicht einen Haufen Bürokratie. Eine Regierung, die auf politischen Transaktionen dieser Art basiert, wird zwar einen Bürokratenstaat schaffen, aber keinen Staat, der dem Volk dient. [2]

Hinter der Aufblähung und Vergrößerung des Kabinetts verbirgt sich eine immer deutlicher werdende Entwicklung: die Fortsetzung des Extraktivismus im Namen der Ernährungssicherheit, des Energiesektors und der Vertiefung der weiterverarbeitenden Industrien. Im Rahmen des Food-Estate-Projekts in Merauke werden zwei Millionen Hektar indigenen Waldes für Reisfelder und Zuckerrohr für Bioethanol freigemacht – ein Projekt, das der indigenen Bevölkerung nicht nur ihr Land raubt, sondern auch die Entwaldung und die Klimakrise beschleunigt.

Beim genauen Blick auf die Ordnung der Ministerien wird auch deutlich, wer davon profitiert. Das Ministerium für Umwelt, Forstwirtschaft und Meeresangelegenheiten ist nun unter dem Koordinierenden Ministerium für Ernährung angesiedelt. Die Natur und das Meer dienen nur mehr als Lieferanten von Rohstoffen für industrielle Ernährungsprojekte. [3]

Kostenlose nahrhafte Mahlzeiten und Ernährungspolitik

Das Programm für kostenlose nahrhafte Mahlzeiten (Makan bergizi gratis – MBG) war eines der zentralen Wahlversprechen Prabowos. Die Umsetzung des Programms hat jedoch gravierende Probleme mit sich gebracht, angefangen bei Budgetkürzungen in anderen Ressorts, über mehr als 5.000 Schüler*innen, die in verschiedenen Regionen des Landes Lebensmittelvergiftungen erlitten haben, bis hin zur Begünstigung einer auf großflächiger Landnutzung basierenden Ernährungspolitik. Das Budget für das MBG-Programm beträgt für das Jahr 2025 71 Billionen Rupiah (ca. 3,6 Mrd. Euro). Finanziert wird dies durch Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitsbudget sowie im Budget für wirtschaftliche Funktionen.

Zusätzlich hat die Regierung im Entwurf des Staatshaushalts 2025 124,4 Billionen Rupiah (ca. 6,34 Mrd. Euro) für das Programm der Food Estates eingeplant. [4] Die

Priorität liegt dabei auf der Erschließung neuer Anbauflächen sowie dem Bau von Staudämmen und künstlichen Bewässerungssystemen. Die für das MBG-Programm produzierten Lebensmittel stammen größtenteils nicht aus kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Viehzucht und basieren ebenso wenig auf lokaler Produktion. Wenn man das hohe Budget für das MBG-Programm und die Nahrungsmittelspeicher betrachtet und sich die mangelhafte Umsetzung des Programms vor Augen führt, dann drängt sich der Verdacht auf, dass das MBG-Programm lediglich ein Modus operandi ist, um so Projekte zur Landaneignung für die Food Estates ohne langwierige Genehmigungsverfahren zu legitimieren.

Food-Estates als Maßnahme zur Ernährungssouveränität haben bereits heute gravierende Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte. Die Food-Estate-Projekte in Zentralkalimantan, Nordsumatra und Merauke sind eine Geschichte des Scheiterns der Regierung, die Ernährungssouveränität aufrechtzuerhalten. Allein in Südpapua wurden 480.000 Hektar Wald für die Schaffung neuer Reisfelder und Zuckerrohrplantagen freigegeben. Im Namen groß angelegter Ernährungsprojekte droht der indigenen Bevölkerung in Südpapua der Verlust ihrer angestammten Gebiete, der lokalen Nahrungsmittel, der traditionellen Medizin und sogar ihrer Identität. [5]

Legalisierung des Palmölanbaus in Waldgebieten und fehlende Vorgaben für die Beseitigung von Umweltschäden

Am 15. August 2025 verkündete Prabowo in einer Rede vor Parlament und Volksversammlung triumphierend, dass der Staat 3,1 Millionen Hektar illegaler Palmölplantagen in Waldgebieten eingezogen habe.

Allerdings wurde diese Wiederinbesitznahme der illegalen Palmölplantagen im Namen der Ordnung von Waldgebieten völlig willkürlich durchgeführt. Verschlimmert wurde das Ganze durch die Übertragung von 1 Million Hektar an das Unternehmen PT Agrinas Palma Nusantara, ohne dass klar ist, auf welcher rechtlichen Grundlage dies geschah. [6]

Der Einzug illegaler Palmölplantagen in Waldgebieten sowie die Übergabe von Palmölflächen an Agrinas als Form der Vermögensrückführung sind durch die Präsidialverordnung (Perpres) 5/2025 geregelt.

Diese Präsidialverordnung markiert ein neues Kapitel bei der nachträglichen Legalisierung illegaler Waldnutzung, die von der Task Force PKH (Satuan Tugas Penertiban Kawasan Hutan, dt.: Task Force zur Regulierung von Waldgebieten) zur Regulierung von Waldgebieten gesteuert wird – einer Einheit, deren Struktur maßgeblich vom Militär bestimmt wird. Sogar die Führungsebene des Staatsunternehmens PT Agrinas ist überwiegend mit hochrangigen Offizieren der indonesischen Streitkräfte besetzt.

Nach Beobachtungen von WALHI haben die Maßnahmen zur Regulierung der Waldgebiete durchweg neue Probleme geschaffen, anstatt die ökologische Wiederherstellung und die Rückgabe von Land an die lokale Bevölkerung ernsthaft anzugehen. In vielen Regionen geht der Regulierungsprozess am Kern der Probleme vorbei. In einigen Gebieten wurden Bürger*innen sogar zur Zahlung von Abgaben genötigt oder unter Androhung von Gewalt gezwungen, ihr Land abzutreten. Solche Maßnahmen stellen eine Kriminalisierung der Bevölkerung dar, die lediglich versucht, ihre Lebensgrundlagen zu verteidigen. Der Staat, der eigentlich die Interessen der Bürger*innen vertreten soll, tritt stattdessen als eine Instanz auf, die die Bevölkerung unterdrückt.

Das Hauptproblem bei der Umsetzung der PKH-Maßnahmen liegt nicht allein im Aspekt der Legalität, sondern im Fehlen ernsthafter Bemühungen, die Waldgebiete wiederherzustellen und die Landrechte der Bevölkerung zu verwirklichen. Es gibt keine Sicherheit, dass Gebiete, die ‚reguliert' wurden, auch tatsächlich ökologisch regeneriert oder an indigene oder lokale Gemeinschaften zurückgegeben werden. Dabei haben sie seit jeher den Wald bewahrt. Der Staat scheint sich mehr auf die Neuordnung der Landbesitzverhältnisse im Forstsektor zu konzentrieren als auf die Durchsetzung von Gerechtigkeit. Angesichts der Klimakrise und der zunehmend gravierenden Umweltzerstörung stellt ein solcher Ansatz einen dramatischen Rückschritt dar.

Revision des Minerba-Gesetzes: Bergbau, Transaktionen und die Bevölkerung als Opfer

Anfang 2025 verabschiedete das Repräsentantenhaus zusammen mit der Regierung die Revision des Minerba-Gesetzes, das den Mineral- und Kohlebergbau regelt. WALHI bewertet dies als einen Wendepunkt hin zu einem Modell der Verwaltung natürlicher Ressourcen, das zunehmend ausbeuterisch und undemokratisch ist. Die Revision des

Gesetzes befördert die Liberalisierung und Privatisierung, schwächt die staatliche Kontrolle und missachtet die Prinzipien der ökologischen Gerechtigkeit und das Recht der Gemeinschaften auf einen sicheren Lebensraum.

Der politische Ansatz im Rohstoff- und Bergbausektor ist nicht ganzheitlich. Anstatt die ökologischen und sozialen Funktionen der Gebiete zu berücksichtigen, werden Bergbaugenehmigungen auch auf kleinen Inseln und in gefährdeten Küstengebieten erteilt. Die Fälle der Insel Wawonii, der Insel Obi und Raja Ampat zeigen, wie der Nickelbergbau Korallenriffe zerstört, das Meer verschmutzt, Wasserquellen beseitigt und die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigt. Zudem verstärkt die Gesetzesrevision den Prozess der Liberalisierung und Privatisierung natürlicher Ressourcen. Untersuchungen von WALHI und Auriga zeigen, dass 10 Millionen Hektar Bergbaufläche von Unternehmen kontrolliert werden, wobei 4,7 Millionen Hektar von 55 Unternehmensgruppen kontrolliert werden. Der Staat fungiert nur als Lizenzgeber, während die Gewinne in die Taschen privater Unternehmen fließen.

Bei der Gesetzesrevision handelt es sich nicht bloß um eine regulatorische Änderung, sondern diese ist vielmehr Ausdruck einer wirtschaftspolitischen Machtkonsolidierung, die zulasten der Umwelt und der Rechte der Bevölkerung geht. WALHI fordert eine Überprüfung dieser Politik sowie eine Stärkung ökologischer Schutzmechanismen und der Bürgerbeteiligung bei der Verwaltung der natürlichen Ressourcen.

Geisel der Energiewende: Dominanz der Konzerne und Fortschreibung des fossilen Zeitalters

Das Jahr 2025 sollte eigentlich ein Momentum für eine gerechte und demokratische Energiewende für Indonesien sein. Doch die Regierung stärkt mit ihrer Politik die Dominanz der Konzerne und verlängert die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Anstatt Emissionen zu reduzieren und Ansätze kollektiver Energiegewinnung zu unterstützen, verwandelt sich die Energiewende in ein neues Feld der Ausbeutung und Ungerechtigkeit.

Im gesamten Jahr 2025 gab es kein nennenswertes Engagement für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen oder für die Beschleunigung einer gerechten Energiewende. Schon während der Wahlen 2024 stellte das Thema keine Priorität dar, und die Bevölkerung wurde nicht maßgeblich in die Energieplanung eingebunden. Öffentliche

Konsultationen waren lediglich eine reine Formalität, die Entscheidungen blieben hierarchisch („Top-Down") – was den Prinzipien der Energiedemokratie und der ökologischen Gerechtigkeit widerspricht.

Die Regierung unter Prabowo verabschiedete den Nationalen Stromversorgungsplan für die Jahre 2025-2034. Dieser sieht den Zubau von Kraftwerken mit einer Leistung von 16,6 GW auf fossiler Basis vor, wovon 10,3 GW aus Gaskraftwerken stammen sollen.[7] Dies steht im krassen Widerspruch zu dem von Präsident Prabowo propagierten Ziel der Energieunabhängigkeit und Effizienz. Die Abhängigkeit von Gas birgt zudem das Risiko steigender Emissionen und einer höheren fiskalischen Belastung für den Staatshaushalt, während ein konkreter Fahrplan für die Stilllegung alter Kohlekraftwerke (PLTU) weiterhin fehlt.

Bei vielen Maßnahmen, die als Beitrag zur Energiewende verkauft werden, handelt es sich de facto um Scheinlösungen, die Nachhaltigkeit lediglich vortäuschen. Geothermieprojekte, Müllverbrennungsanlagen und die Expansion des Abbaus kritischer Mineralien werden als Teil der Dekarbonisierung verkauft, verursachen in der Realität jedoch schwerwiegende soziale und ökologische Auswirkungen. Das Geothermieprojekt Muara Laboh in West-Sumatra führte aufgrund der Nähe zu Siedlungen zu Ernteausfällen und Umweltverschmutzung. In Nord-Sumatra verursachte das Geothermieprojekt Sarulla Agrarkonflikte und Einkommensverluste für Landwirte. Widerstand gegen Geothermieprojekte regt sich zudem in Padarincang, Gede Pangrango, Ciremai, Baturaden, Dieng, Arjuno-Welirang, Lemongan, Wae Sano und Poco Leok. Inmitten der forcierten Großprojekte, die offiziell als Teil der Energiewende deklariert werden, bleiben gemeinschaftsbasierte Ansätze für erneuerbare Energien gänzlich unbeachtet. Dabei stellt gerade dieses Modell die Bevölkerung als Hauptakteurein den Mittelpunkt einer gerechten und nachhaltigen Energieproduktion. Finanzierungsprogramme wie JETP und AZEC bevorzugen Großkonzerne und Hochtechnologie, ohne spezielle Mittel für lokale Initiativen bereitzustellen. In Regionen wie Ost-Nusa-Tenggara und West-Kalimantan werden Gemeinschaften, die kommunale Solaranlagen aufbauen wollen, oft durch Regulierungen, den ungeklärten Landstatus und mangelnde technische Unterstützung behindert. Diese Ungleichheit verdeutlicht, dass die Energiewende in Indonesien nicht im Interesse der Bürger erfolgt, sondern den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Eliten dient.

Paradoxon der indonesischen Klimaverpflichtungen

Präsident Prabowo Subianto bekräftigte wiederholt auf internationalen Foren, dass Indonesien sich verpflichtet, dem Klimawandel mit konkreten Aktionen zu begegnen. Unter anderem versprach er ein Netto-Null-Emissionsziel bis 2060 oder schneller. Doch in der Praxis zeigen die Energie- und Entwicklungspolitik in eine andere Richtung.

Verschiedene neuere Vorschriften wie die Regierungsverordnung Nummer 40 von 2025 über die Nationale Energiepolitik und der Strategieplan zur Stromversorgung zeigen in die entgegengesetzte Richtung. Der Anteil fossiler Energie dominiert weiterhin mit 26–32 Prozent, mit Plänen für zusätzliche Gas- und Kohlekraftwerke von 16,6 Gigawatt in den nächsten zehn Jahren.

Anstatt die Emissionen zu reduzieren, fördert die Regierung „falsche Lösungen" wie das Co-firing von Biomasse und Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS/CCUS), mittels derer eine Verlängerung der Laufzeit von Kohlekraftwerken ermöglicht werden soll. Eine Studie von Forest Watch Indonesia merkt an, dass Biomasse als Brennstoff für 52 Kohlekraftwerke potenziell eine Entwaldung von bis zu 4,65 Millionen Hektar verursachen könnte.[8]

Der Ansatz zur Klimaanpassung zeigt denselben logischen Fehlschluss. Das Vorhaben zum Bau eines riesigen Meeresdeichs (Giant Sea Wall) im Norden Javas beispielsweise wird als großes Anpassungsprojekt gegen den Meeresspiegelanstieg wiederbelebt. WALHI bewertet dieses Projekt als eine Form der Fehlanpassung, die das Leben der Küstengemeinschaften bedroht und die Zerstörung der Meeresökosysteme beschleunigt.[9]

Die Klimaverpflichtung der Regierung Prabowo ist bis heute rein deklaratorischer Natur. Die Regierung betrachtet die Klimakrise weiterhin als eine technokratische Herausforderung und nicht als Krise der Gerechtigkeit.
Solange die Klimapolitik vorrangig Kapitalinteressen und der Logik des Wirtschaftswachstums untergeordnet wird, wird die Verpflichtungserklärung zum Klimaschutz jedoch nur eine diplomatische Rhetorik auf der globalen Bühne bleiben.

Versagen der Regierung im Umgang mit ökologischen Katastrophen

Im ersten Jahr der Präsidentschaft Prabowos ist es der Regierung nicht gelungen, auf ökologische Katastrophen angemessen zu reagieren. Seit Anfang März 2025 kam es im Großraum Jakarta (Jabodetabek) zu Umweltkatastrophen, die die ohnehin bestehende ökologische Krise weiter verschärft haben. Diese Krise ist das Resultat von Ungerechtigkeit sowie einer gescheiterten Politik im Umgang mit natürlichen Ressourcen, welche zur Zerstörung der Umwelt – sowohl von Wohngebieten als auch von bestehenden Ökosystemen – geführt hat.

Der Hauptfaktor, der diese Katastrophe verschlimmert, ist die unkontrollierte Ausbeutung der Umwelt. Wälder in der Region Puncak und Umgebung, die eigentlich Wassereinzugsgebiete sein sollten, mussten vielfach Siedlungen, Villen sowie Touristenzielen weichen. In den letzten fünf Jahren verzeichnete WALHI West-Java, dass der Grad der Umweltschäden in diesem Gebiet von 45 % auf 65 % gestiegen ist.

Landnutzungsänderungen werden häufig unter Missachtung der ökologischen Belastungs- und Aufnahmekapazität erteilt sowie ohne Berücksichtigung der Umweltverträglichkeitsprüfungen (AMDAL) in katastrophenfährdeten Gebieten. WALHI West-Java hebt hervor, dass viele Genehmigungen für Immobilien- und Tourismusbetriebe ohne eingehende Prüfungen erteilt wurden. Zudem verschlechtert der illegale Sand- und Steinabbau den Zustand des Bodens weiter und macht ihn anfälliger für Erosion und Erdrutsche.

Bedauerlicherweise betrachtet die Regierung von Präsident Prabowo ökologische Katastrophen nicht als ein staatliches Problem, dessen Ursachen an der Wurzel angegangen werden müssen. Ökologische Katastrophen werden weiterhin lediglich als Ereignisse angesehen, die durch die Verteilung von schneller und zielgerichteter Hilfe

gelöst werden können. Es mangelt hingegen an einer tiefgreifenden Evaluierung der Ursachen dieser Katastrophen. Im vergangenen Jahr hat die Regierung Prabowo keine strategischen Bemühungen zur Prävention und Bewältigung ökologischer Krisen gezeigt. Im Gegenteil: Die Agenda von Präsident Prabowo und Gibran, die ein Wirtschaftswachstum von 8 % anstrebt, ignoriert fundamentale Probleme ökologischer Katastrophen, wie etwa eine investitions- und ausbeutungsorientierte Ressourcenpolitik, Missmanagement in der Raumplanung, umweltschädliche Bauprojekte und eine schwache Strafverfolgung.

[1] Radio Republik Indonesia, Peneliti INDEF: Pemerintah Prabowo-Gibran Terbebani Utang Rp1.353 Triliun, https://rri.co.id/keuangan/1128742/peneliti-indef-pemerintah-prabowo-gibran-terbebani-utang-rp1-353-triliun
[2] Kompas: Seberapa Besar Potensi Pembengkakan Anggaran karena Gemuknya Kabinet Prabowo?. https://www.kompas.id/artikel/seberapa-besar-potensi-pembengkakan-anggaran-karena-gemuknya-kabinet-prabowo
[3] WALHI: Penyelamatan Lingkungan dan SDA Rezim Prabowo Gibran di Tepi Jurang, https://www.walhi.or.id/penyelamatan-lingkungan-dan-sda-rezim-prabowo-gibran-di-tepi-jurang
[4] Tempo: Sri Mulyani Sebut Prabowo Akan Lanjutkan Food Estate, Alokasi Anggaran Mencapai Rp124,4 Triliun, https://www.tempo.co/ekonomi/sri-mulyani-sebut-prabowo-akan-lanjutkan-food-estate-alokasi-anggaran-mencapai-rp-124-4-triliun-15048
[5] WALHI, PSN Pangan dan Energi di Papua: Kekerasan Terbuka Negara Terhadap Lingkungan dan Masyarakat Adat Papua, https://www.walhi.or.id/psn-pangan-dan-energi-di-papua-kekerasan-terbuka-negara-terhadap-lingkungan-dan-masyarakat-adat-papua
[6] Kementerian Pertahanan Republik Indonesia, Menhan RI Saksikan Penyerahan Penguasaan Kembali Kawasan Hutan Tahap II Seluas 1 Juta Hektar, dan Penguasaan Taman Nasional Tesso Nilo, serta Kebun Kelapa Sawit Hasil Penguasaan Satgas PKH, https://www.kemhan.go.id/2025/07/09/menhan-ri-saksikan-penyerahan-penguasaan-kembali-kawasan-hutan-tahap-ii-seluas-1-juta-hektar-dan-penguasaan-taman-nasional-tesso-nilo-serta-kebun-kelapa-sawit-hasil-penguasaan-satgas-pkh.html
[7] Muhammad Saleh: Salah arah peta jalan transisi energi Indonesia, https://theconversation.com/salah-arah-peta-jalan-transisi-energi-indonesia-257231

[8] Trend Asia: Membakar dan Menebang Hutan Bukan Solusi Energi Bersih, Tak Pantas Masuk Pendanaan JETP, https://trendasia.org/membakar-dan-menebang-hutan-bukan-solusi-energi-bersih-tak-pantas-masuk-pendanaan-jetp
[9] WALHI: Tanggul Laut Raksasa, Solusi Palsu Krisis Iklim serta Percepat Kebangkrutan Ekologis Daratan dan Perairan Pulau Jawa, https://www.walhi.or.id/tanggul-laut-raksasa-solusi-palsu-krisis-iklim-serta-percepat-kebangkrutan-ekologis-daratan-dan-perairan-pulau-jawa

IEU-CEPA: Risiken für Menschenrechte und Umwelt in Indonesien

von Watch Indonesia!

Indonesien und die Europäische Union haben nach neun Jahren Verhandlungszeit am 23. September 2025 das umfassende Wirtschafts- und Partnerschaftsabkommen Indonesia–European Union Comprehensive Economic Partnership Agreement (IEU-CEPA) unterzeichnet. Für indonesische Firmen eröffnet das Abkommen insbesondere neue Exportchancen: Zölle werden weitgehend abgeschafft oder deutlich gesenkt. Nicht-Erdöl-Produkte (non-migas) können künftig zollfrei in über 90 Prozent des EU-Marktes exportiert werden. Auch für Palmöl gibt es ein zollfreies Kontingent, weshalb die Importe in die EU um 20 Prozent steigen könnten.[1]

Für die Europäische Union ist das Abkommen Teil einer strategischen Agenda, ihre Handels- und sicherheitspolitischen Beziehungen global zu diversifizieren und ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und China zu verringern. Mit IEU-CEPA verfolgt die EU das Ziel, sich den Zugang zu kritischen Rohstoffen wie Nickel zu sichern, die für die sogenannte grüne Energiewende und die Umsetzung des europäischen Green Deals unverzichtbar sind. Zugleich soll auch die Energiewende in Indonesien durch das Abkommen vorangetrieben und technologische Unterstützung aus Deutschland dafür verstärkt werden. Schwerpunkte sind Bereiche wie Bioenergie, Biokraftstoffe und Geothermie. Die Umsetzung von Projekten zur Energiewende wird vor Ort jedoch vielfach von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen kritisiert, da viele vermeintlich grüne Projekte erhebliche Umweltzerstörungen verursachen und Menschenrechte verletzen.

Menschenrechts- und Umweltorganisationen wie zB. FERN, WALHI und Indonesia for Global Justice sehen IEU-CEPA als ein Abkommen, das primär von wirtschaftlichen Interessen geprägt ist und einem „business as usual"-Ansatz folgt, bei dem Handel klar vor sozialer und ökologischer Gerechtigkeit rangiert. Von zeitgemäßeren Ansätzen wie Partnerschaft auf Augenhöhe oder nachhaltigen Wirtschaftsansätzen wie zirkulärer Wirtschaft fehlt jede Spur. Trotz wiederholter Forderungen blieb Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen, die indigene und lokale Gemeinschaften vertreten, eine substanzielle Beteiligung an den Verhandlungen und an der Ausgestaltung des Abkommens verwehrt.

Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen warnen, dass IEU-CEPA ökologische Schäden und Menschenrechtsverletzungen in Indonesien weiter verschärfen könnte. Durch den verstärkten Import von Rohstoffen wie Nickel, Kupfer und Gold würde die EU indirekt indonesische Bergbauprojekte unterstützen, die häufig mit Landraub, Umweltverschmutzung und Gewalt einhergehen, insbesondere in der Region Westpapua. Die vorliegenden Daten sind alarmierend: im Jahr 2024 erreichte die jährliche Entwaldung mit 261.575 Hektar Wald den höchsten Stand seit 2021.[2] Zugleich ist die Zahl der Land- und Agrarkonflikte unter der Präsidentschaft Joko Widodos drastisch angestiegen. Zum Ende seiner zehnjährigen Amtszeit im Jahr 2024 waren 3.234 Konfliktfälle anhängig, die rund 1,8 Millionen Familien betrafen.[3]

NGOs wie WALHI verweisen zudem darauf, dass unter der Regierung Prabowos ein zunehmend militarisierter Regierungsstil vorherrscht – insbesondere seit Inkrafttreten des TNI-Reformgesetzes, das dem Militär eine erweiterte Rolle in staatlichen Entwicklungsprojekten einräumt. Mehrere Gesetzesänderungen, darunter das Omnibus-Gesetz von 2020, das revidierte Strafgesetzbuch von 2022 sowie beschleunigte Änderungen des Bergbaugesetzes im Jahr 2025, haben zudem den Umwelt- und Ressourcenschutz zusätzlich ausgehöhlt.

Gleichzeitig versuchen manche NGOs, wie etwa *CELIOS*, das Abkommen als Hebel zu nutzen, um rechtliche und unternehmerische Reformen in Indonesien voranzutreiben. Sie gehen davon aus, dass der Zugang zum EU-Markt nicht allein durch Zölle, sondern auch durch die verankerten Nachhaltigkeitserwartungen bestimmt wird. IEU-CEPA verlangt beispielsweise, dass sich beide Parteien am Pariser Klimaabkommen orientieren. Zudem muss sich die EU an ihre Gesetze halten: besonders relevant sind die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD), die Anti-Entwaldungsverordnung (EUDR) sowie der CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) und das EU-Lieferkettengesetz. Die EUDR verlangt, dass Produkte, insbesondere aus dem Agrar- und Rohstoffsektor, frei von Entwaldung, Waldschädigung und damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen sein müssen. CBAM verpflichtet Exporteure emissionsintensiver Produkte, den CO_2-Fußabdruck entlang ihrer Lieferketten offenzulegen und gegebenenfalls Ausgleichszahlungen zu leisten. Damit hänge der wirtschaftliche Nutzen für Indonesien zunehmend von der Einhaltung verbindlicher EU-Regulierungen ab. Doch auch die EU rückt zunehmend vom Bekenntnis zum Schutz der Umwelt und Menschenrechte ab und

hat im Jahr 2025 das EU-Lieferkettengesetz sowie die Anti-Entwaldungsverordnung (EUDR) abgeschwächt und verschoben.

Wirtschaft vs. Menschenrechte und Umwelt in Indonesien

Menschenrechte und Umweltschutz sind untrennbar miteinander verbunden: Ohne eine sichere, saubere und gesunde Umwelt lassen sich grundlegende Menschenrechte nicht verwirklichen und umgekehrt ist eine nachhaltige Umweltpolitik ohne die Achtung und Durchsetzung von Menschenrechten nicht möglich. In Indonesien werden jedoch beide Bereiche systematisch wirtschaftlichen Interessen untergeordnet.

Die großflächige Umwandlung von Wäldern in Plantagen, Bergbauareale und industrielle Produktionszonen hat Ökosysteme vernichtet, die nicht nur für die Biodiversität unverzichtbar sind, sondern auch zentrale soziale, kulturelle und wirtschaftliche Funktionen für die umliegenden Gemeinschaften erfüllen. Genehmigungen werden häufig erteilt, ohne angemessene Konsultationen mit Indigenen Gemeinschaften und lokalen Bevölkerungsgruppen durchzuführen.

In ihrem Jahresbericht über 2024 schreibt die Menschenrechtskommission Komnas HAM, dass Agrarkonflikte im Jahr 2024, wie auch in den vorangegangenen Jahren, zu den am häufigsten eingereichten Beschwerden gehörten. Insgesamt wurden 505 entsprechende Beschwerden eingereicht (von insgesamt 2.625 Beschwerdefällen). Die am häufigsten beschuldigte Partei waren Unternehmen mit 146 Beschwerden, gefolgt von den lokalen Regierungen mit 97 Beschwerden.[4] Allein im Jahr 2020 dokumentierte die Umweltorganisation JATAM 45 Bergbaukonflikte. Die meisten davon betrafen Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung (22 Fälle), gefolgt von Landraub (13 Fälle), der Kriminalisierung von Bergbaukritiker:innen (8 Fälle) sowie Entlassungen (2 Fälle). In mindestens 13 Fällen waren Militär oder Polizei direkt an Landraub, Kriminalisierung oder Einschüchterung beteiligt.[5]

Palmöl – eines der zentralen Exportprodukte für die EU – hat erhebliche negative Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte. Die dokumentierten Fälle betreffen Umweltzerstörung, Landkonflikte, ausbeuterische Arbeitspraktiken, die Verletzung der Lebensgrundlagen lokaler Gemeinschaften, intransparente Preisgestaltung für Palmfrüchte sowie Kinderarbeit. Millionen Hektar Wald wurden in Indonesien für Palmölplantagen gerodet, und die Fläche wächst weiter.

Nickel ist ein zentraler Rohstoff für die globale Energiewende und daher auch in Europa eines der derzeit besonders begehrten Bergbauprodukte. Ein Großteil des Nickels wird exportiert, um die steigende Nachfrage nach Batterien für erneuerbare Energien, einschließlich Elektrofahrzeuge, zu bedienen. Indonesien verfügt über die weltweit größten Nickelvorkommen und die Industrie im Land ist enorm gewachsen: Seit 2016 ist die Zahl der Nickel-Schmelzwerke von zwei auf über 60 gestiegen. Die Exporte von Nickelprodukten sollen im Jahr 2024 einen Wert von rund 38–40 Milliarden US-Dollar erreicht haben. Die negativen sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Auswirkungen des Nickelabbaus in Indonesien sind zahlreich.

Nickelabbau und -verarbeitung verschmutzen Flüsse und Wasserläufe und zerstören Fischhabitate, die für die lokale Ernährungssicherheit entscheidend sind. In der Nickelindustrie werden Arbeitsrechte systematisch verletzt, wobei Arbeitende schweren Gesundheits- und Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind. Frauen sind zusätzlich von geschlechtsspezifischer Diskriminierung, sexueller Belästigung und reproduktionsbezogenen Gesundheitsrisiken durch toxische Stoffe betroffen.

Die Landbeschaffung für Nickelminen erfolgt häufig durch Landraub und mit minimaler oder keiner Entschädigung. Personen, die sich dagegen wehren, werden eingeschüchtert, angegriffen oder kriminalisiert. Häufig werden Polizei oder Militär eingesetzt, um Landnahmen durchzusetzen und Proteste zu unterdrücken. Die Hongana Manyawa, eine der letzten nomadisch lebenden Gruppen Indonesiens haben durch den Nickelabbau auf Halmahera 80 % ihres angestammten Landes verloren. Zudem wurden elf Angehörige der indigenen Gemeinschaft Maba Sangaji (Bezirk Ost-Halmahera, Provinz Nord-Maluku) verurteilt, weil sie ihr angestammtes Land verteidigten und gegen die Nickelbergbauaktivitäten der PT Position protestierten, die das Land und die Wasserquellen der Gemeinschaft zerstört haben.

Zertifizierungen und staatliche Steuerung ohne Wirkung

Seit der Reformära gab es verschiedene Ansätze, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen einzudämmen. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen haben erfolgreiche Kämpfe gegen Landraub, Waldzerstörung und Umweltverschmutzung geführt. Unabhängige Gewerkschaften entstehen, um eine stärkere soziale Gerechtigkeit einzufordern. Gegen die lauter werdende Kritik aus der

Zivilgesellschaft haben Unternehmen mit freiwilligen Zertifizierungssystemen reagiert. Allerdings flankieren und vertuschen diese die Absenkung von Standards in der staatlichen Regulierung. Zertifizierungen im Palmölsektor wie die Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO oder das Indonesian Sustainable Palm Oil (ISPO) deklarieren die großen Monokulturen und die strukturelle Diskriminierung und Ausbeutung auf den Plantagen als nachhaltig.

Ähnlich problematisch sind die Audits und Zertifizierungen in der industriellen Forstwirtschaft, die häufig nicht unabhängig und frei von Interessenkonflikten sind. Ein Beispiel ist die Bewertung von PT Korintiga Hutani durch PT Mutuagung Lestari (Mutu International), die trotz dokumentierter Grenzkonflikte, Landstreitigkeiten, Umweltbelastungen und Beeinträchtigungen der Biodiversität zu einem positiven Zertifizierungsergebnis führte. Eine Studie von CELIOS(2024) zeigt, dass Japan die Mehrheit der Anteile an PT Korintiga Hutani hält. Gleichzeitig pflegt PT Mutuagung Lestari seit Jahrzehnten enge Beziehungen zum japanischen Markt und zur japanischen Regierung. Diese institutionellen Verflechtungen untergraben die Glaubwürdigkeit der Zertifizierung und offenbaren grundlegende Schwächen in der Governance der forstwirtschaftlichen Auditmechanismen.[6]

Die indonesische Regierung hat mehrfach betont, dass sie im Rahmen ihrer Schutzpflicht gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) staatliche Maßnahmen ergreifen wird. Seit 2023 liegt mit der Präsidialverordnung Nr. 60/2023 die Nationale Strategie für Wirtschaft und Menschenrechte (Stranas BHAM) vor, deren Umsetzung durch einen dreijährigen Aktionsplan (2023–2025) erfolgen sollte. Der im September 2025 vorgestellte Umsetzungsbericht fällt jedoch alarmierend aus: Wirtschaftliche Aktivitäten im Bereich der Wald- und Landnutzung, insbesondere im Nickelbergbau, verletzen weiterhin systematisch die Rechte lokaler Gemeinschaften, indigener Völker und Arbeiter*innen. Dass der Aktionsplan nach drei Jahren ohne Anschlussmaßnahmen endet, wirft grundlegende Fragen zur Ernsthaftigkeit des staatlichen Engagements auf.

2025 wurde die risikobasierte Unternehmenslizenzierung (PP Perizinan Berusaha Berbasis Risiko) eingeführt. Diese Regulierung enthält jedoch keinerlei menschenrechtliche Erwägungen, keinen expliziten Bezug auf die rechtlichen Grundlagen zu Wirtschaft und Menschenrechten und keine Bestimmungen zu

menschenrechtlichen Risiken. Dies ist möglich, weil es keine rechtliche Verpflichtung gibt, diese Lizenzierungspolitik an die Nationale Strategie für Wirtschaft und Menschenrechte (Stranas BHAM) anzupassen. Aus der Perspektive der Normenhierarchie ist vielmehr die Stranas BHAM angehalten, ihre Regelungen an diese Regierungsverordnung anzugleichen. Diese Konstellation verdeutlicht, dass der politische Wille, die Wirtschaftssteuerung an menschenrechtlichen Standards auszurichten, weiterhin äußerst schwach ist.

Insgesamt wächst die Liste der Menschenrechtsverletzungen weiter, weil bestehende Zertifizierungs-systeme und nationale Regulierungen nicht ausreichen. Weder Entwaldungsfreiheit noch das Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC), noch eine kohärente Abstimmung zwischen Wirtschafts-, Umwelt- und Forstpolitik mit menschenrechtlichen Standards sind integriert. Dadurch bleiben Zertifizierungen und Regulierungen oft kosmetische Maßnahmen, die strukturelle Probleme überdecken, statt sie zu lösen.

Gesetze zugunsten wirtschaftlicher Ausbeutung natürlicher Ressourcen

Teilweise eröffnen Gesetze Unternehmen sogar Spielräume, um weiterhin Menschenrechte zu verletzen und Umweltzerstörung zu verursachen. Mit dem Gesetz Nr. 6/2023 über die Schaffung von Arbeitsplätzen (Omnibus Law) wurde ein Rechtsrahmen geschaffen, der die demokratischen Rechte der Bevölkerung im Umweltbereich massiv beschneidet. Rechte auf Information, Teilhabe und Zugang zu Umweltgerechtigkeit wurden reduziert oder vollständig gestrichen – etwa durch die Abschaffung der Möglichkeit, Einwende im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung (AMDAL) vorzubringen. Zudem entfällt die Umweltgenehmigung als Voraussetzung für eine Geschäftslizenz, was die straf- und zivilrechtliche Verantwortung von Unternehmen schwächt und die Möglichkeiten der Bevölkerung zur rechtlichen Gegenwehr erheblich einschränkt.

Das Omnibus Law bildet auch die Grundlage für die Regierungsverordnung Nr. 23/2021 zur Forstverwaltung, die Nationalen Strategischen Projekten (PSN) weitreichende Privilegien einräumt. Dazu zählen vereinfachte Standort- und Umweltgenehmigungen, Ausnahmen von Raumordnungen, erleichterte Nutzung eigentlich geschützter Waldgebiete sowie fiskalische Anreize. Mit dem Konzept der „Mehrfachnutzung von Wäldern“ können Unternehmen mehrere kommerzielle Aktivitäten mit nur einer

Genehmigung durchführen, was die Gefahr beschleunigter Ökosystemdegradation, Entwaldung und Biodiversitätsverlust erhöht.

Die Revision des Bergbaugesetzes (UU Minerba) verschärft die Lage zusätzlich. Bestimmungen zu Genehmigungen und Bergbaugebieten werden zunehmend genutzt, um indigene Gruppen und lokale Gemeinden strafrechtlich zu verfolgen, wenn sie Bergbauprojekte ablehnen. Allgemeine prozessuale Regelungen wie die Strafprozessordnung (KUHAP) erleichtern staatlichen Sicherheitskräften Zwangsmaßnahmen und werden häufig in Fällen eingesetzt, die als „Anti-SLAPP" („strategic lawsuits against public participation") einzustufen sind, da sie gezielt der Einschüchterung und Unterdrückung öffentlicher Beteiligung dienen.

Auch das neue Militärgesetz von 2025 erweitert die Befugnisse des Militärs (TNI) im zivilen Raum, insbesondere in Projekten des natürlichen Ressourcenmanagements. Der Einsatz des Militärs in Waldgebieten oder strategischen Ressourcenprojekten erhöht das Risiko von Landkonflikten, Vertreibungen indigener Gemeinschaften und ökologischen Schäden. Die Priorisierung der Sicherung wirtschaftlicher Projekte gegenüber langfristigem Umweltschutz fördert zudem die Militarisierung im Umweltsektor.

Von Richtlinien zu tatsächlicher Nachhaltigkeit

Derzeit besteht eine große Diskrepanz zwischen der Situation in Indonesien in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz und den Anforderungen des IEU-CEPA. Die nationalen Regelungen Indonesiens entsprechen nicht den internationalen Standards zum Schutz von Wäldern und Menschenrechten. Bestehende Vorschriften begünstigen teilweise Praktiken, die zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden führen, insbesondere bei Projekten, die als Nationale Strategische Projekte (PSN) eingestuft sind. Zertifizierungs- und Auditsysteme sind strukturell schwach, nur teilweise transparent und nicht frei von Interessenkonflikten. Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, dass die Nachhaltigkeitsanforderungen von IEU-CEPA nur auf dem Papier existieren und die angestrebten Ziele nicht erreicht werden.

Vor diesem Hintergrund verweist die indonesische NGO CELIOS auf eine Reihe von nötigen Reformen, mit denen die indonesische Regierung die Einhaltung von Menschenrechts-, Umwelt- und Klimastandards im Kontext von IEU-CEPA stärken

könnte. Bestehende Gesetze und Verordnungen müssen demnach überprüft und kohärent weiterentwickelt werden. Dazu gehören insbesondere die Durchführungsverordnung zur Forstwirtschaft (PP Penyelenggaraan Kehutanan) und die Regelungen zur risikobasierten Unternehmenslizenzierung (PP Perizinan Berusaha Berbasis Risiko), deren Ausgestaltung bislang Sonderregelungen für nationale strategische Projekte, die faktische Legalisierung von Entwaldung sowie die systematische Berücksichtigung menschenrechtlicher Risiken begünstigt. Ebenso verweist CELIOS auf den Bedarf, fiskalische Instrumente wie eine CO_2-Steuer mit tragfähigen Monitoring-, Berichts- und Verifizierungssystemen zu unterlegen und Zertifizierungs- und Auditsysteme im Forstsektor so auszugestalten, dass sie unabhängig sind und tatsächlich zur Durchsetzung von Recht beitragen können. Übergreifend geht es um eine bessere Angleichung wirtschafts-, umwelt- und forstpolitischer Entscheidungen an Indonesiens menschenrechtliche Verpflichtungen, einschließlich der Sicherstellung von FPIC-Grundsätzen, wirksamer Beschwerdemechanismen und Schutz vor der Kriminalisierung von Aktivist:innen.[7]

Auch wenn das europäische Lieferkettengesetz abgeschwächt wurde, bleiben Unternehmen grundsätzlich dem Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Klima verpflichtet. Die Lieferkettenrichtlinie verlangt weiterhin, Risiken entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu analysieren und zu beheben. Dies umfasst beispielsweise negative Auswirkungen des Geschäftsmodells und klimaschädlichen Emissionen.

Wenn sie richtig eingebunden werden, können internationale und indonesische NGOs eine wichtige Rolle spielen, indem sie Menschenrechts- und Umweltverletzungen dokumentieren, Transparenz herstellen und die Interessen lokaler Gemeinschaften und indigener Völker sichtbar machen. Sie werden ein wichtiges Korrektiv darstellen und von der indonesischen Regierung und Akteur:innen und Institutionen in der EU kohärentes Handeln fordern, damit Instrumente wie die CSDDD, EUDR und der CO_2-Grenzausgleich nicht nur formell bestehen, sondern verbindlich umgesetzt und überprüfbar angewendet werden.

[1] https://thediplomat.com/2025/10/has-the-eu-sacrificed-human-rights-to-economic-expediency-in-indonesia/
[2] https://news.mongabay.com/2025/02/surge-in-legal-land-clearing-pushes-up-indonesia-deforestation-rate-in-2024/
[3] https://en.tempo.co/read/2051794/why-did-agrarian-conflicts-in-indonesia-escalate-under-jokowis-presidency
[4] https://www.komnasham.go.id/users/timredaksi-1aae53b6b4/KOMNASHAM/document/Laptah Komnas HAM RI 2025 web 3 Agst 2025.pdf
[5] https://www.tempo.co/politik/jatam-nasional-catat-ada-45-konflik-tambang-sepanjang-2020-545633
[6] https://celios.co.id/ieu-cepa-transition-toward-an-anti-deforestation-and-low-carbon-regime/
[7] Die Empfehlungen von CELIOS lassen sich im Detail in ihrer Publikation „IEU-CEPA: Transition Toward an Anti-Deforestation and Low-Carbon Regime" nachlesen: https://celios.co.id/ieu-cepa-transition-toward-an-anti-deforestation-and-low-carbon-regime/

Technokratischer Aktivismus in Indonesien

Abdil Mughis Mudhoffir

Während des ersten Amtsjahres von Präsident Prabowo Subianto nahmen die Proteste gegen die fortwährenden antidemokratischen Gesetze und Politiken zu. Auch die Reaktion der Regierung wurde zunehmend härter, was zu Tausenden von unrechtmäßigen Verhaftungen und Hunderten von Personen in Untersuchungshaft, die auf ihren Prozess warten, führte. Seit den Protesten im August 2025, die zu Ausschreitungen führten, dauern die Verhaftungen an. Die Demonstrant*innen, von denen sich viele spontan und ohne Koordinator*innen mobilisierten, wurden von Repression überwältigt und in Rechtsstreitigkeiten verwickelt, um ihre Genoss*innen zu befreien. Viele unbekannte Demonstrant*innen, die von der Polizei festgenommen wurden, waren Drohungen und Gewalt seitens der Ermittler*innen ausgesetzt und hatten keinen Rechtsbeistand. Dies ist einer der Nachteile von Oppositionsbewegungen ohne organisatorische Strukturen.

Es wurde allerdings noch keine kollektive Initiative mit einer kohärenten sozialen Kraft und einer Verbindung zu einer politischen Einheit, die in der Lage ist, innerhalb der formalen politischen Arena anzutreten, geschaffen. Bestehende Bewegungen kämpfen darum, ihr soziales Netzwerk zu erweitern und einem Raum zu schaffen, in dem Unzufriedenheiten zum Ausdruck gebracht werden können. Das Fortbestehen der Labour Party ist abhängig von Patronagenetzwerken, wodurch eine Kooptierung durch Konservative möglich und damit der Spielraum für progressive Kräfte Einfluss auszuüben einschränkt ist. Umgekehrt ist die Indonesische Grüne Partei (Partai Hijau Indonesia, PHI), die noch immer um die Zulassung als Wahlkandidatin kämpft, nach wie vor übermäßig abhängig von Teilen der gebildeten Mittelschicht, einer sozialen Schicht, die im Allgemeinen weniger organisiert ist und zur Distanzierung von politischen Geschehnissen neigt.

Unterdessen zögern die meisten Aktivist*innen der Zivilgesellschaft weiterhin, neue bewegungsnahe Parteien zu gründen oder bestehenden beizutreten, die darauf abzielen, die Kontrolle über den Staat zu übernehmen. Dies ist zum Teil durch Bedenken hinsichtlich einer Vereinnahmung begründet. Der Staat und die formelle politische Arena werden oft als korrupt und moralisch kompromittiert wahrgenommen, wodurch direktes Engagement erschwert ist. Ironischerweise wird von der Regierung nach wie

vor erwartet, dass sie mit guten Absichten handelt und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft eingeht. Wenn diese Erwartungen nicht erfüllt werden, wird das Problem in der Regel auf technokratische Probleme wie Misswirtschaft und Inkompetenz zurückgeführt und nicht auf bestehende Machtstrukturen. Die ausgrenzende Natur des Staates könnte weiterhin bestehen bleiben, wenn progressive Kräfte es versäumen, sich auf einen direkten Machtkampf in der formellen politischen Arena einzulassen.

Technokratischer Aktivismus

Die technokratische Perspektive, die unter Aktivist*innen der Zivilgesellschaft weit verbreitet ist, trägt dazu bei, dass eine unpolitische Haltung gegenüber dem Staat aufrecht erhalten bleibt. Aus dieser Sichtweise werden politische Probleme als Folge von Misswirtschaft betrachtet und es wird impliziert, dass bedeutende Veränderungen einfach durch den Austausch inkompetenter Beamt*innen oder durch die Neugestaltung von Institutionen und Vorschriften erreicht werden können. Die technokratische Sichtweise ist auch problematisch, da sie die institutionellen Kapazitäten – oder deren Fehlen – überbewertet und suggeriert, dass die Regierung den guten Willen hat, Probleme zu beseitigen, und dass ungelöste Probleme auf Inkompetenz zurückzuführen sind.

Prabowos "Flaggschiff-Wirtschaftsprojekte", in denen staatliche Mittel falsch verteilt werden und Prabowos chaotisches Katastrophenmanagement in Folge der verheerenden Überschwemmungen auf der Insel Sumatra werden beispielsweise lediglich als Problem der Inkompetenz der Regierung oder des Versagens des Staates bei der Bewältigung von Krisen dargestellt und nicht als politische Angelegenheiten, die mit der bestehenden Machtstruktur zusammenhängen.

In Wirklichkeit kommt es häufig zu chaotischem Krisenmanagement der Regierung. Während der COVID-19-Pandemie ignorierte die Regierung beispielsweise zunächst wissenschaftliche Empfehlungen und weigerte sich, die Pandemie als ernsthafte Bedrohung anzuerkennen. Dies war nicht nur auf mangelnde Kompetenz zurückzuführen, sondern auch auf Desinteresse der Regierung, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen. Möglicherweise, da das aus solchen Krisen resultierende Chaos oft Möglichkeiten zur Anhäufung von Kapital und Macht bot.

Ebenso werden Sozialprogramme wie die kostenlosen nahrhaften Mahlzeiten (MBG) größtenteils nicht aus wahrhaftiger Bemühung um die Bekämpfung von Unterernährung oder die Verbesserung des Wohlergehens durchgeführt. Stattdessen dienen sie oft als politische Instrumente zum Aufbau von Patronagenetzwerken, indem sie Förderungen an Unternehmen und politische Verbündete verteilen, um sich deren Loyalität zu sichern. Auch durch den chaotischen Umgang mit den verheerenden Überschwemmungen auf der Insel Sumatra werden die pragmatischen Überlegungen der herrschenden Eliten und nicht etwa ihre Inkompetenz deutlich, welche darauf abzielen Erträge aus Katastrophen, insbesondere durch den Ausbau der Infrastruktur während des Wiederaufbaus, zu maximieren.

Die Fortsetzung der Verabschiedung umstrittener Gesetze, die bürgerlichen Freiheiten widersprechen sowie die exzessiven Polizeieinsätze sind ebenfalls nicht bloß Probleme der Inkompetenz der Gesetzgeber*innen oder der mangelnden Rechtsperspektive der Strafverfolgungsbehörden. Vielmehr entstehen sie aus einem System, in dem der Zugang zu öffentlichen Institutionen in erster Linie als Instrument zur privaten Anhäufung von Macht und Reichtum dient.

Die Vielzahl der Krisen, welche sich durch die Regierung von Prabowo verschäften, sind daher eher auf tiefere strukturelle Probleme zurückzuführen, die dem exkludierenden Staat Indonesiens innewohnen, als auf technokratische Versäumnisse. „Exkludierend" ist der Staat in dem Sinne, dass Bestrebungen und Interessen der breiten Gesellschaft, insbesondere die der unteren Schichten, durch staatliche Institutionen und Maßnahmen weitgehend marginalisiert werden, während sie jene ausgewählter politischer und wirtschaftlicher Eliten privilegieren. Diese ausgrenzende Natur ist das Ergebnis fest verankerter räuberischer Interessen, die trotz der Demokratisierung unangefochten bleiben.

Jenseits des Technokratismus?

Technokratismus ist nicht nur unzureichend, sondern ermöglicht auch, dass der ausgrenzende Staat unangefochten bleibt. Für einen bedeutenden Wandel ist es jedoch notwendig, dass sich die Zivilgesellschaft zu einer kohärenten politischen Kraft organisiert, die in der Lage ist, Machtstrukturen durch direktes Engagement in der formellen Politik neu zu gestalten. Dieses Unterfangen ist jedoch aufgrund zahlreicher Einschränkungen grundsätzlich schwierig, u.a. aufgrund restriktiver Wahlvorschriften,

die die Beteiligung neuer politischer Parteien einschränken und einer weitgehend unpolitischen Haltung, die politisches Engagement und kollektive Mobilisierung hemmt.

Um an den Wahlen teilnehmen zu können, muss sich eine neue politische Partei zunächst einer administrativen und physischen Überprüfung unterziehen. Das Wahlgesetz von 2017 schreibt vor, dass eine politische Partei auf verschiedenen Ebenen Vertretungen einrichten muss: zu 100 % auf Provinzebene, zu 75 % auf Kreis- oder Stadtebene und zu 50 % auf Bezirksebene. Weitere Hindernisse sind die 4-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament und die 20-Prozent-Hürde für die Präsidentschaftswahlen. Obwohl das Urteil des Verfassungsgerichts von 2024 die Hürde für die Präsidentschaftswahlen aufgehoben hat, sind nur geprüfte Parteien berechtigt, Kandidat*innen zu nominieren. Um diese Anforderungen zu erfüllen, muss eine neue politische Partei zahlreiche Büros mieten oder erwerben und Hunderttausende geprüfte Mitglieder rekrutieren, was eine Investition in Höhe von mehreren Milliarden Rupiah erfordern würde.

Die Wahlvorschriften sind seit den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1999 immer restriktiver geworden, sodass mächtige politisch-wirtschaftliche Eliten ihre Dominanz aufrechterhalten können. Die Möglichkeit, rechtliche Schritte durch gerichtliche Überprüfungen einzuleiten, hat sich ebenfalls verringert, da die meisten rechtlichen Verfahren nun unter der Kontrolle der herrschenden räuberischen Eliten stehen, insbesondere seit dem Gesetz des Verfassungsgerichts von 2020.

Diese inhärente strukturelle Einschränkung erklärt, warum viele Aktivist*innen der Zivilgesellschaft zögern, ein alternatives politisches Instrument zu schaffen oder sich an organisierten, direkten Interventionen im Staat zu beteiligen, und stattdessen lieber für technokratische Reformen eintreten. Zwar sind zahlreiche Aktivist*innen in die formelle Politik gegangen, um Veränderungen von innen heraus zu fördern, doch taten sie dies nicht im Rahmen eines kollektiven Mandats von bewegungsnahen Organisationen, sondern in der Regel individuell und sporadisch. Die Politik kann also nicht von der Zivilgesellschaft zur Rechenschaft gezogen werden, weshalb Aktivist*innen ihre persönliche Karriere über ihre ursprünglichen Ideale und Verbindungen zu den Bewegungen stellen.

Einige progressive Teile der Zivilgesellschaft haben versucht, bewegungsnahe politische Parteien aufzubauen, die den technokratischen Aktivismus überwinden sollen. Viele derer scheiterten, während andere, wie die PHI, immer noch darum bemüht sind, ihre Organisationen und sozialen Netzwerke zu erweitern. Unterdessen ist die Labour Party, die von einigen linken Gewerkschaften mitbegründet wurde, in einer konservativen Kooptation gefangen, da sie von einer Fraktion dominiert wird, die die Nähe zur herrschenden räuberischen Eliten als Überlebensstrategie betrachtet. Durch diese Herausforderungen wurde verhindert, dass sie als Sprachrohr zur Vermittlung der Bestrebungen unzufriedener Bürger*innen angesehen werden.

Kein Ausweg?

Während die meisten Aktivist*innen der Zivilgesellschaft, die sich nur ungern direkt in die Politik einmischen, eher einen technokratischen Ansatz befürworten, wenden sich Bürger*innen, die sich von den offiziellen politischen Vertreter*innen entfremdet fühlen, häufig populistischen Persönlichkeiten mit charismatischer Ausstrahlung oder spontanen Straßenprotesten zu.

Das Vertrauen in einzelne populistische Führer*innen führt jedoch oft zu Enttäuschungen. Der ehemalige Präsident Jokowi Widodo beispielsweise wurde zunächst als demokratischer Retter vor der autoritären Bedrohung durch Prabowo angesehen, enttäuschte aber letztendlich diese Erwartungen. Ohne eine starke politische Partei, die mit einer kohärenten progressiven sozialen Kraft verbunden ist, neigen solche Führer*innen dazu, sich in dem korrupten System zu verstricken, welches sie eigentlich reformieren sollten.

Gleichzeitig haben Straßenproteste allein, insbesondere wenn sie spontan und ohne Anführer*innen stattfinden, offensichtliche Grenzen. Zwar haben einige spontane Proteste erfolgreich korrupte Regierungschef*innen gestürzt, wie 2025 in Nepal und Bangladesch und 1998 in Indonesien zu beobachten war, doch kann das Fehlen einer Führung in Bewegungen nur zu einem Machtvakuum führen, das wahrscheinlich von den am besten organisierten politischen Kräften, einschließlich des Militärs, gefüllt wird.

Angesichts der begrenzten Möglichkeiten besteht der praktikabelste Weg zur Transformation der Machtstrukturen darin, die Kontrolle über die Staatsmacht zu übernehmen – entweder durch organisierte revolutionäre Aktionen oder durch Wahlen.

Dies kann durch den Aufbau neuer bewegungsnaher politischer Parteien oder durch die Stärkung bestehender Parteien erreicht werden. Wo starke demokratische Mechanismen und eine robuste interne Rechenschaftspflicht etabliert sind, können die Risiken der Kooptierung und korrupter Führung erheblich gemindert werden. Ein Rückzug aus der formellen Politik und die Beibehaltung einer antipolitischen Haltung lassen den ausgrenzenden Charakter des Staates unangefochten.

Dr. Abdil Mughis Mudhoffir *ist Visiting Fellow am German Institute for Global and Area Studies (GIGA) und am German Institute for Advanced Study (HIAS).*

Die Rückkehr der militärischen Macht in Indonesien

Frans Ari Prasetyo

Im März 2025 verabschiedete die indonesische Regierung eine Änderung des nationalen Militärgesetzes Nr. 34/2004 (Tentara Nasional Indonesia, RUU-TNI). Dieser legislative Schritt wird von der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen als Rückschritt in Richtung der Ära der „Neuen Ordnung" Suhartos angesehen – einer Militärdiktatur, die 32 Jahre lang bis zu Suhartos Entmachtung im Jahr 1998 andauerte. Die Reformbewegung von 1998 (reformasi) löste eine Phase des politischen und sozialen Wandels aus, die durch den Aufstieg einer Elitendemokratie, eine neue Oligarchie, das Auftreten des religiösen Populismus, das allmähliche Wiedererstarken des Einflusses von Militär und Polizei und eine Fassade des Vorrangs ziviler Strukturen gekennzeichnet war.

Die Änderung des TNI-Gesetzes wurde von Präsident Prabowo unterstützt, der 2024 gewählt wurde. Prabowo ist ein ehemaliger Kommandeur der indonesischen Spezialeinheiten, der an Militäroperationen in Aceh, Papua und Timor-Leste beteiligt war, darunter auch an der Entführung von Aktivist*innen und Student*innen während der Reformasi. Menschenrechtsgruppen werfen ihm Menschenrechtsverletzungen unter dem verstorbenen Diktator und ehemaligen Präsidenten des Landes Suharto vor, der auch Prabowos Schwiegervater war.

Photo by Andriana TJ (Bandung, 20 March 2025) with permission.

Die Änderung des TNI-Gesetzes schafft einen Rahmen für die Integration von aktiven Militärangehörigen in 14 zivile Institutionen (mit dem Vorschlag auf eine Erhöhung auf 19), ohne dass die Pensionierung oder ein Ausscheiden aus dem Militär erforderlich ist. Diese Entwicklung schafft 19 Millionen neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Militärangehörige im zivilen Sektor. Vor der Änderung

gab es bereits 2.600 aktive Offizier*innen, die in zivilen Funktionen tätig waren. Expert*innen haben das TNI-Gesetz heftig diskutiert, wobei mehrere Artikel besondere Besorgnis hervorgerufen haben. So erlaubt beispielsweise Artikel 7 des Gesetzes dem Militär, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, die vom Präsidenten zur Unterstützung der nationalen Entwicklung festgelegt werden, und andere militärische Operationen als Kriegseinsätze durchzuführen. Dazu gehören u.a. die Unterstützung bei der Bekämpfung von Cyber-Bedrohungen und Friedenssicherung sowie den Schutz nationaler Interessen im Ausland. Diese Bestimmung erweitert die Zuständigkeit des Militärs erheblich auf Bereiche, die sonst von zivilen Institutionen verwaltet werden.

Gemäß Artikel 47 ist es Angehörigen des Militärs gestattet, gemäß der Politik des Präsidenten in Ministerien oder anderen Institutionen zu dienen. In der bisherigen Gesetzgebung kamen aktive Soldat*innen für 10 zivile Positionen in Frage – diese Zahl wurde auf 14 erhöht. Artikel 53 bestimmt die Verlängerung des Rentenalters für Soldat*innen aller Dienstgrade. Das Rentenalter für Unteroffizier*innen und Armeeangehörige liegt bei 55 Jahren, während Offizier*innen bis zum Rang eines Obersts ein Rentenalter von 58 Jahren haben, zuvor waren es 53 Jahre. Das Rentenalter für Vier-Sterne-Generäle, die den höchsten Rang innehaben, wurde von 60 Jahren auf 63 bis 65 Jahre angehoben.

Der Gesetzgebungsprozess vor der Verabschiedung des Gesetzes war von großer Eile geprägt. Die Beratungen fanden innerhalb von weniger als einem Monat in einem Luxushotel statt und nicht in den Parlamentsbüros, was zu einem erheblichen Mangel an öffentlicher Beteiligung führte. Die Verabschiedung des TNI-Gesetzes wurde von der Parlamentspräsidentin Puan Maharani geleitet. Sie ist die Enkelin von Sukarno, dem ersten Präsidenten Indonesiens, der von der Militärregierung der Neuen Ordnung gestürzt wurde, und die Tochter des Vorsitzenden der Indonesischen Demokratischen Partei des Kampfes (PDI-P). Obwohl die PDI-P nach dem Wahlkampf 2024 zugunsten von Prabowo nominell in der Opposition ist, deutet ihre Unterstützung der verabschiedeten Änderung des Militärgesetzes auf eine politische Annäherung hin.

Durch die Gesetzesänderung brachte das Militär implizit seine Ansicht zum Ausdruck, dass die aus der Reformasi entstandene zivile Vorherrschaft keine effektive Regierungsführung, Entwicklung und internationale Glaubwürdigkeit hervorgebracht habe. Dies dient für sie dabei als Rechtfertigung für das Wiedererstarken des

militärischen Engagements, über seine traditionelle Verteidigungsrolle hinaus. Im Jahr 2019 erließ die Regierung Jokowis die Präsidialverordnung Nr. 37 über die funktionale Position der TNI, die indirekt die *Dwifungsi*-Doktrin (Doppelfunktion) wiederbelebte. Die *Dwifungsi*-Doktrin, die erstmals 1958 von General Nasution formuliert wurde, legitimierte die Rolle des Militärs sowohl in der nationalen Verteidigung als auch in der soziopolitischen Regierungsführung. Nach der Reform von 1998 wurde die Dwifungsi abgeschafft und die Streitkräfte (ABRI) in TNI (Militär) und POLRI (indonesische Nationalpolizei) aufgeteilt. Die Änderung des TNI-Gesetzes ist ein klarer Versuch, diese Doppelfunktion wiederzubeleben, und verstößt gegen den Erlass Nr. VI/2000 der Mitglieder der Volkskonsultativversammlung (MPR – die Legislative), der die Trennung von TNI und POLRI vorschreibt. Nach dieser Änderung, so vermutet, ist die Überarbeitung des Polizeigesetzes die nächste Priorität und hat Vorrang vor lang erwarteten Reformen wie dem Gesetz über die Beschlagnahme von Vermögenswerten Korrupter, das seit fast 20 Jahren auf Eis liegt.

Während Jokowis zweiter Amtszeit (2019–2024) von fünf Jahren verwaltete Prabowo als Verteidigungsminister ein Budget von 700 Billionen IDR (ca. 43 Milliarden USD). Unter Prabowos Präsidentschaft erreichte das Verteidigungsbudget für 2025 allein schon 372,3 Billionen IDR (ca. 22,5 Milliarden USD). Prabowos Absicht, die Beteiligung des Militärs an öffentlichen Angelegenheiten über die Verteidigung hinaus wiederherzustellen und auszuweiten, hat zu einem Mangel an Unparteilichkeit geführt und ist durch weit reichende Missbräuche und Straflosigkeit gekennzeichnet. Nach der Verabschiedung des TNI-Gesetzes richtete das Verteidigungsministerium unter Prabowo ein „ziviles öffentliches Cyber-Operationssystem" mit einem Budget von 100 Milliarden IDR (6,2 Millionen USD) ein. Die Einheit hat die Aufgabe, vermeintlichen Bedrohungen der nationalen Souveränität entgegenzuwirken, indem sie Personen oder Gruppen überwacht und ins Visier nimmt, deren Ansichten ihrer Auffassung nach das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Militär und die Regierung gefährden.

Prabowos Flaggschiff-Kampagne für kostenlose nahrhafte Mahlzeiten (Makan Bergizi Gratis, MBG) mit einem Budget von 4 Milliarden US-Dollar pro Jahr, richtet sich an 82,9 Millionen Schüler*innen und schwangere Frauen, und wird durch logistische Hilfe vom Militär unterstützt. Die Regierung hat möglicherweise das Militär als Dienstleister für diese Initiative ausgewählt, da es in der Lage ist, die strengen Standards der

Nationalen Ernährungsbehörde zu erfüllen. Die Initiative wurde in zahlreichen Regionen umgesetzt, darunter auch in Papua, wo das Militär an der Verteilung des MBG-Programms in Grundschulen beteiligt ist.

Papua ist eine Region, die von anhaltenden militärischen Konflikten geprägt ist. Prabowo leitete während der Neuen Ordnung die Militäroperationen in Papua. Nach der Verabschiedung des TNI-Gesetzes, forderte das Militärkommando in Merauke, Papua, von der lokalen Regierung Daten und Angaben zum Aufenthaltsort und zur Identität papuanischer Student*innen an. Die Regierung und das Militär misstrauen den Aktivitäten papuanischer Student*innen und sehen sie als potenzielle Front für die "Free Papua Bewegung". Diese Überwachung erstreckt sich auch auf Java. In einem Fall betraten Militärangehörige eine islamische Universität in Semarang, angeblich um an einer akademischen Diskussion teilzunehmen, um dann Daten von den Teilnehmer*innen zu verlangen.

In den Waldgebieten Papuas hat Prabowo ein „Food Estate"-Projekt, angeblich mit dem Ziel Ernährungssicherheit zu gewährleisten, ins Leben gerufen. Ein ähnliches Projekt ist zuvor in Kalimantan gescheitert. Zusätzlich zur Überwachung der Militäroperationen in Papua, plant Prabowo die Reisversorgungskette der Region zu kontrollieren, insbesondere im Hinblick auf das Handelssystem und die Genossenschaften der Bauern. Angesichts der vorherrschenden Praxis, dass Zwischenhändler die Lieferkette zum Nachteil der Bauern manipulieren, ist dies von besonderer Relevanz. Erwähnenswert ist, dass Prabowo von 2004 bis 2015 Vorsitzender der nationalen Bauernorganisation HKTI (Himpunan Kerukunan Tani Indonesia) war. Es wird davon ausgegangen, dass er außerdem plant, die Zahl der Militärkommandos (Kodam) im gesamten indonesischen Staatsgebiet bis 2025 von 15 auf 37 zu erhöhen.

Militarisierung der Bildung

Während des Änderungsprozesses des TNI-Gesetzes gingen mehrere Universitäten in Indonesien Kooperationsbeziehungen mit der TNI ein. Diese Partnerschaften bieten Student*innen eine Ausbildung in nationaler Verteidigung und körperlichem Training.
Kritiker*innen argumentieren, dass das Hauptziel darin besteht, die Universitäten politisch zu konsolidieren, um Kritik am Staat zu verhindern und Student*innen-Bewegungen zu unterdrücken. Dies erinnert an die Politik der „Normalisierung des

Campuslebens" (NKK/BKK – Normalisasi Kehidupan Kampus/Badan Koordinasi Kemahasiswaan) des Regimes der Neuen Ordnung von 1978, die darauf abzielte, Student*innen zu depolitisieren und sie in akademische Enge zu drängen.

Darüber hinaus organisierte Prabowo nach der Amtseinführung von 961 Regionalchef*innen (Bürgermeister*innen, Regent*innen und Gouverneur*innen) nach den Regionalwahlen 2024 sowie der Amtseinführung von 48 Minister*innen und Beamt*innen im Februar 2025 einen Retreat für sein Kabinett im Militärcamp in Magelang, welcher bis April/Mai andauerte. Die Teilnehmer*innen mussten sich an einen strengen Zeitplan halten, darunter das Schlafen in Militärzelten, das tägliche Tragen von Uniformen und leichte militärische körperliche Übungen.

Die Verabschiedung des TNI-Gesetzes bestärkt Indonesiens Regierung in seiner Zurückhaltung, das 1998 von 123 Nationen verabschiedete Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren. Diese Entscheidung ist durch die Befürchtung motiviert, dass Personen, die in der Vergangenheit schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, mit rechtlichen Konsequenzen rechnen müssten. Dieses Thema ist besonders relevant im Zusammenhang der zahlreichen Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen gegen den ehemaligen Präsident, Diktator und General Suharto, des 32 Jahre währenden Regimes der Neuen Ordnung. Auch Präsident Prabowo könnte wegen seiner mutmaßlichen Beteiligung an Militäroperationen in der Ära der Neuen Ordnung und an Verschleppungen während der Reformasi-Bewegung strafrechtlich verfolgt werden. Darüber hinaus widerspricht das TNI-Gesetz den Empfehlungen des Zentrums für bürgerliche und politische Rechte, der Universellen Periodischen Überprüfung und der UN-Konvention gegen Folter, die von Indonesien ratifiziert wurde. Diese Konvention verlangt von Ländern, die Rechenschaftspflicht des Militärs und den Schutz der Bürgerrechte sicherzustellen.

Die TNI wird nicht nur weitreichende Teilhabe am Programm für kostenlose Mahlzeiten haben, sondern auch in die Arzneimittelforschung, -produktion und -verteilung einsteigen, beginnend mit der Wiederbelebung zahlreicher Labore. Die Bill-Gates-Stiftung macht Indonesien zu einem Testfeld für Tuberkulose- und Malaria-Impfstoffe sowie Nahrungsergänzungsmittel für Schwangere. Diese Initiativen unterstützen die umfassendere Agenda von Prabowo, darunter die Food-Estate-Projekte, die gentechnisch verändertes Saatgut und Düngemittel bereitstellen und damit die

Abhängigkeit der Bauern verstärken – wodurch in Indonesien praktisch eine „Grüne Revolution 2.0" entsteht.

Das Militär arbeitet eng mit staatlichen Unternehmen zusammen. So ist beispielsweise das Militärkommando Bukit Barisan in Sumatra eine Kooperation mit dem staatlichen Palmölunternehmen „PT Agrinas Palma Nusantara" eingegangen. Das Militär fungiert als Sicherheitsdienstleister und gewährleistet die ununterbrochene Produktion des wichtigsten Exportguts Indonesiens. Dieses Vorgehen wird wahrscheinlich auch in den Plantagen prominenter Palmölmagnaten zum Tragen kommen. Darüber hinaus erleichtert diese Zusammenarbeit den Einstieg von Investor*innen aus dem Bereich der biochemischen Landwirtschaft in den Plantagensektor und eröffnet damit neue Investitionsmöglichkeiten nach dem Lebensmittelsektor.

Dieses TNI-Gesetz dient dem Militär auch als Grundlage für die öffentliche Durchsetzung von Strafgesetzen, ein Bereich, der verfassungsrechtlich in die Zuständigkeit der Polizei fällt. Darüber hinaus versuchen hochrangige pensionierte Generäle der Neuen Ordnung bis heute, den zivilen Vizepräsidenten anzuklagen. Das Militär hat die festgelegten Grenzen zwischen militärischem und zivilem Bereich überschritten, was Demonstrant*innen dazu veranlasst hat, zu fordern, dass das Militär bis auf in Kriegsfällen in seine Kasernen zurückkehrt und dort bleibt.

Proteste gegen das neue TNI-Gesetz

Vom 20. bis 27. März 2025 fanden in fast 70 Städten Indonesiens Proteste statt, bei denen die Demonstrant*innen folgende Forderungen stellten: Aufhebung des TNI-Gesetzes; Ablehnung der Doppelfunktion; Rückzug des Militärs in die Kasernen; Auflösung des Territorialkommandos; strafrechtliche Verfolgung von Generälen, die Menschenrechte

Photo by Andriana TJ (Bandung, 20 March 2025) with permission.

verletzen, darunter Prabowo; Zieht das Militär aus Papua ab; schafft die Militärreserve und die Wehrpflicht ab; stoppt den Einsatz von „Buzzern" (Cyberpolizei, die Desinformationen verbreitet); löst Militärgerichte auf; stellt Militärgefangene vor Zivilgerichte; stoppt die Einmischung des Militärs in zivile öffentliche Räume, lehnt Militarisierung durch Entwicklung ab und bekämpft Faschismus und Militarismus.

In Bandung versammelten sich am 20. März 2025 vor dem Repräsentantenhaus von West-Java Student*innen, Schüler*innen, Student*innenorganisationen, Gewerkschaften, Künstler*innen und Mitglieder der Öffentlichkeit zu Protesten. Gegen Abend eskalierte die Situation, als Demonstrant*innen Barrikaden anzündeten und Feuerwerkskörper, Steine und Molotowcocktails auf das Büro warfen. Die Polizei reagierte zunächst nicht, doch später kam es zu einer chaotischen Verfolgungsjagd zwischen den „Black Bloc"-Gruppen und nicht identifizierten Polizeibeamt*innen. Viele Demonstrant*innen versteckten sich bis zum Morgen in Bekleidungsgeschäften, Restaurants, Banken oder privaten Büros, aus Angst vor Verhaftung und Gewalt. Die Atmosphäre blieb in einem Umkreis von 2 km angespannt. Das Chaos führte auch zu erheblichen Zerstörungen an öffentlichen Einrichtungen; eine Bank wurde niedergebrannt und eine Militärunterkunft in der Nähe der Bank beschädigt.

Am nächsten Tag stabilisierte sich die Lage, und am Nachmittag versammelten sich die Massen erneut am selben Ort, um denselben Protest zu veranstalten. Bemerkenswert ist, dass es bei dieser Protestaktion zu keinen Zusammenstößen kam und die Behörden eine Strategie der Nichteinmischung verfolgten, wodurch sich die Menge von selbst auflöste. Dieser Ansatz erwies sich als wirksam. Am 23. März war die Menge kleiner und Aktivitäten beschränkten sich auf Reden und Performance-Kunst. Danach gab es in Bandung keine weiteren Proteste mehr, jedoch kam es in verschiedenen Städten bis zum 27. März immer wieder zu sporadischen Demonstrationen, die sich zeitweise gleichzeitig und nacheinander ereigneten. Nachfolgende zivile Initiativen konzentrierten sich darauf, eine gerichtliche Überprüfung des TNI-Gesetzes vor dem Verfassungsgericht zu erreichen. Einzelpersonen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Studierende mehrerer indonesischer Universitäten reichten Dutzende von Anträgen auf gerichtliche Überprüfung ein.

Von Bandung und den Erfahrungen West-Javas lernen

Bandung ist die Hauptstadt der Provinz West-Java und hat einen großen indonesischen Militärstützpunkt. Dort befinden sich alle wichtigen Einrichtungen des Militärs, darunter Ausbildungs- und Trainingsstätten, Lagerhäuser, zwei Militärflughäfen, darunter nationale Flugzeughersteller (z. B. PT Dirgantara Indonesia) und nationale Waffenfabriken (z. B. PT Pindad).

Bandung ist auch der Standort eines OMSP-Projekts (Military Operation Other Than War, militärische Operationen außerhalb von Kriegssituationen). Im Jahr 2018 erließ Präsident Jokowi die Präsidialverordnung Nr. 15 zur Beschleunigung der Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Schäden im Wassereinzugsgebiet des Citarum – das Citarum Harum (Citarum Duft) Projekt. Diese Verordnung wurde durch die Gouverneursverordnung 28/2019 dezentralisiert. Der Citarum-Fluss brauchte dringende Aufmerksamkeit – er zählt zu den schmutzigsten Flüssen der Welt und verursacht Überschwemmungen im gesamten Süden von Bandung. Mit einer Länge von 297 km und einem Wassereinzugsgebiet von 6.614 km^2 versorgt er 26 Millionen Menschen und nimmt gleichzeitig die Verschmutzung von Hunderten von Fabriken, hauptsächlich Textilfabriken, auf.

Infolgedessen wurde die Spezialeinheit PPK Citarum gegründet, die 23 Sektoren im gesamten Wassereinzugsgebiet des Citarum abdeckt. Jeder Sektor wird von einem*r Kommandant*in des Westjava-Militärkommandos III Siliwangi beaufsichtigt. Insgesamt setzte das Militär zwischen 2018 und 2025 etwa 7.000 Soldat*innen ein, darunter 1.400, die speziell für Oberläufe und Aufzuchtgebiete entlang des Flusses zuständig waren. Das Programm wurde mit einem Budget von 8 Billionen IDR (5 Milliarden USD) durchgeführt, das durch Kredite der Asiatischen Entwicklungsbank und der Weltbank finanziert wurde.

Die Militarisierung von Bandung geht auf die Zeit vor dem TNI-Gesetz zurück. Bürgermeister Ridwan Kamil (2013-2018) war Vorreiter in der Zusammenarbeit zwischen Militär und Zivilbevölkerung, um die Stadt und öffentlicher Räume zu verwalten. Dabei arbeitete er mit der TNI, der Polizei, der Zivilpolizei sowie nationalistischen und religiös-fundamentalistischen Massenorganisationen zusammen. Im Jahr 2016 erklärte der Bürgermeister ohne echte Dringlichkeit den zivilen Notstand. Dies ermöglichte es der TNI, eine Operation zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung" in öffentlichen

Räumen, Stadtparks und Straßen durchzuführen. Die TNI räumte Straßenverkäufer*innen und Arbeiter*innen des informellen Sektors vom Gasibu-Sonntagsmarkt und aus dem Bereich der Stadtplätze (alun-alun) und sicherte die Räumungsaktion wie die in Urban Kampong Tamansari.

Der Autor wurde persönlich Zeuge dieser Gewalt. In Cikapayang, Dago, griffen etwa 50 Soldat*innen des Militärkommandos III Siliwangi das Kollektiv Perpustakaan Jalanan (Straßenbibliothek) an, dem der Autor angehört. Die Soldat*innen kamen in Militärlastwagen an und waren sichtbar bewaffnet, was eher den Eindruck einer Kampfaktion als einer zivilen Strafverfolgungsmaßnahme erweckte. Perpustakaan Jalanan ist seit 2010 als Basis-Straßenbibliothek tätig, die jedes Wochenende an öffentlichen Orten geöffnet ist. Die Initiative wurde seitdem landesweit kopiert und ist derzeit in etwa 70 Städten in ganz Indonesien aktiv.

Im Jahr 2016 erklärte der damalige Bürgermeister von Bandung, Ridwan Kamil (2013–2018), aufgrund der steigenden Straßenkriminalität den zivilen Notstand und bezeichnete die Perpustakaan Jalanan öffentlich als Bedrohung für die öffentliche Ordnung. In der Folge leitete die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei dem Militär eine Reihe von Straßenaktionen ein. Aufgrund unzureichender Koordination zwischen den beteiligten Parteien kam es jedoch zu einer gewaltsamen Auflösung der Aktivitäten der Straßenbibliothek durch das Militär. Dieser Vorfall hatte negative Auswirkungen auf das Ansehen des indonesischen Militärs in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit und beeinträchtigte die Beziehung von Ridwan Kamil zum Militärkommando III Siliwangi.

Während dieser Zeit schlug Ridwan Kamil die Einführung eines obligatorischen militärorientierten Lehrplans für Mittel- und Oberschulen vor und regte die Entwicklung eines 52 Hektar großen militärischen Grundstücks für Agrotourismuszwecke im Bezirk Cinambo an. Nach dem Vorfall mit der Perpustakaan Jalanan wurde der Vorschlag, das Militär in den Lehrplan aufzunehmen nicht mehr umgesetzt. Gouverneur Mulyadi führte jedoch später eine ähnliche Maßnahme ein, indem er ein obligatorisches sechsmonatiges Militärlagerprogramm für Schüler*innen der Oberstufe und Berufsschüler*innen einführte.

Die Integration des Militärs wurde unter Gouverneur Dedi Mulyadi (2024–2029), einem wichtigen Politiker der Gerindra-Partei – der Partei von Prabowo – drastisch beschleunigt. Noch bevor das TNI-Gesetz verabschiedet wurde, formalisierte Mulyadi die Zusammenarbeit der OMSP mit dem Militär und bereitete damit eindeutig die Verabschiedung des Gesetzes vor. Ihre Zusammenarbeit erstreckt sich von der öffentlichen Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Wasserkanälen, Stromnetzen, Abfallwirtschaft, Ernährungssicherheit und Verbesserung von Slumgebieten bis hin zum Katastrophenmanagement.

Die erste Phase dieser Militarisierungsinitiative ist verbunden mit der Einweisung von Schüler*innen in Militärlager, die von Bildungseinrichtungen und ihren Eltern als schwierig eingestuft werden. Ein ähnlicher Ansatz wird bei Zivilist*innen verfolgt, insbesondere bei denen, die von ihrem sozialen Umfeld als problematisch angesehen werden, auch wenn sie keine kriminellen Handlungen begangen haben. Diese negative öffentliche Stimmung wird zu einem Panoptikum, jede*r könnte in Militärkasernen gestürzt werden; schließlich kann das neue Strafgesetzbuch praktisch jede*n Zivilist*in kriminalisieren. Dies ist eine Unterdrückung der Zivilbevölkerung mit den maskulinsten Mitteln – Gewalt, geleitet von einer populistischen militaristischen Agenda.

Die Verordnung des Gouverneurs von West-Java zur Schulbildung in Militärlagern wurde vom Kabinett Prabowos unterstützt, darunter Menschenrechtsminister Natalius Pigai und der Minister für Grund- und Sekundarschulbildung Abdul Mu'ti, ein hochrangiges Mitglied einer der größten islamischen Organisationen Indonesiens, Muhammadiyah. Der Minister für Grund- und Sekundarschulbildung hat vorgeschlagen, den Unterricht unter der Leitung der TNI in Universitäten und Schulen zu integrieren. Diese Maßnahmen stehen jedoch in direktem Widerspruch zu den bestehenden Gesetzen in den Bereichen Bildung, Menschenrechte und Kinderschutz.

Die Militarisierung wurde durch die Zusammenarbeit von Dedi Mulyadi mit dem gewählten Bürgermeister von Bandung, M. Farhan, für den Zeitraum 2024–2029 verlängert, insbesondere durch die Einrichtung der Anti-Thug Task Force. Diese Initiative richtet sich gegen Gangster, Massenorganisationen, die als anti-Pancasila (Indonesiens Staatsideologie) gelten, religiösen Fundamentalismus, linken Radikalismus, rechten Chauvinismus und rechtsextremen Nationalismus – wobei die

beiden letzteren nachweislich Verbindungen zu Elementen der TNI und der Polizei unterhalten. Diese Task Force formalisiert die Zusammenarbeit zwischen Militär und Polizei im Namen der öffentlichen Sicherheit. Der Aufbau von Beziehungen zum Militärkommando III Siliwangi ist für Bandung und Westjava als territoriale Kommandostrategie in zivilen Bereichen – sowohl politisch als auch geografisch – von größter Bedeutung. Darüber hinaus dient es als gegenseitiger Schutz und politisches Bollwerk.

Infolgedessen agiert die TNI nicht mehr nur als *dwifungsi*, sondern als multifunktionale Kraft, die ihren Einfluss auf nahezu alle Bereiche des zivilen Lebens und der Regierungsführung ausdehnt – von Bildung über Ernährung und Umwelt bis hin zur politischen Kontrolle.

Frans Ari Prasetyo *ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am YCAR der York University in Kanada und Gastwissenschaftler am Ethnography Lab der University of Toronto.*

Indonesiens politisch-administrativer Niedergang angesichts der Neuordnung der Machtverhältnisse zwischen Prabowo und Jokowi

Defny Holidin

Das erste Jahr der Amtszeit von Prabowo-Gibran war geprägt durch eine Reihe politischer Agenden, die zwar nicht überraschend, aber dennoch schockierend waren. Sie waren nicht überraschend, da einige der Programme bereits während des Wahlkampfs 2024 angekündigt wurden, zum Beispiel die Anpassungen des Mehrwertsteuersatzes und die kostenlosen Programme für nahrhafte Mahlzeiten. Dennoch war die Umsetzung der Kampagnen erschreckend, da die Verwendung öffentlicher Mittel so gesteigert wurde, als sollten die Wahlversprechen für fünf Jahre in nur einem Jahr umgesetzt werden. Nichts hat jedoch die öffentliche und soziale Mediendiskussion mehr beunruhigt als die unterschiedlichen Interpretationen der politischen Positionen von Prabowo und Jokowi (Joko Widodo): Während sie einigen zufolge im Konflikt stehen, sehen andere sie als Teil derselben Oligarchie. Die Ambivalenz ihrer Beziehung lässt sich möglicherweise durch die oben erwähnte Beschleunigung der Verwendung öffentlicher Mittel erklären.

Dieser Artikel zielt darauf ab, anhaltende Veränderungen in der politisch-administrativen Landschaft während der Amtszeit der Regierung Prabowo-Gibran (2024-2029) zu untersuchen. Somit soll ein Gesamtbild der Lage des vergangenen Jahres gezeichnet werden. Der Artikel fokussiert nicht nur bestimmte Fälle oder Akteur*innen, wie beispielsweise die Demonstrationen im August, oder die Umweltzerstörung im Namen der Ernährungssicherheit, sondern verdeutlicht Muster hinter ausgewählten Ereignissen. Der Artikel argumentiert, dass die Lager von Prabowo und Jokowi ihre Wettbewerbsverhältnisse untereinander durch die Mobilisierung administrativer Ressourcen - nicht in einem Nullsummenspiel - neu strukturieren. Diese Konstellation wird durch den demokratischen institutionellen Rahmen begünstigt, der seit Beginn der Reformen von 1998 nicht konsolidiert wurde und noch nicht ausgereift war, bevor er durch Jokowis neues postdemokratisches Regime, nach dem Ende seiner ersten Amtszeit und vor den Wahlen 2019, erodiert wurde.

Das Erkennen von Mustern hinter Phänomenen

Eine der üblichen logischen Folgen einer neuen Regierung ist die Fortsetzung der Politik der Vorgängerregierung durch Regulierungs- und Haushaltsmechanismen. Entsprechend dieser Logik führte das Ende der Regierung Jokowi-Ma'ruf (2019-2024) zu Turbulenzen in den ersten 100 Tagen der Regierung Prabowo-Gibran. Dies zeigte sich in einer Reihe von politischen Durchbrüchen im Bereich der Staatsfinanzen, wie beispielsweise der Korrektur des Mehrwertsteuersatzes von 11 % auf 12 % für bestimmte Arten von Waren und Dienstleistungen und der Effizienz des Staatshaushalts in Höhe von 306,69 Billionen Rupiah auf der Grundlage der Präsidialverordnung Nr. 1 von 2025. Letzteres hat die Existenzgrundlage der Ministerien, der nichtministeriellen Institutionen und der Exekutivstellen untergraben und zu Kürzungen der Transferzahlungen vom Staat an die lokalen Regierungen geführt. Gleichzeitig wurde die Kabinettsstruktur erweitert und umfasst nun 108 Minister*innen, stellvertretende Minister*innen und Beamt*innen auf Ministeriumsebene, während die übrigen 28 Posten mit Sondergesandten und Sonderberater*innen besetzt sind. Nationale strategische Projekte (Proyek Strategis Nasional, PSN) werden weiterhin durchgeführt, dazu gehören der Betrieb des mit chinesischen Krediten finanzierten Hochgeschwindigkeitszugs Whoosh und das Projekt Pantai Indah Kapuk (PIK 2) eines privaten Unternehmens, das durch die Enteignung von Land an der Küste von Banten zum PSN erklärt wurde.

Es gibt viele Erklärungen für die oben genannte Effizienzpolitik. Die prominenteste ist die Rechtfertigung des Vorgehens als eine neue Verwaltungsmaßnahme zum Ausgleich des Haushaltsdefizits, das durch die Finanzierung von Jokowis Vorzeigeprojekten in Form von nationalen Strategieprojekten und der Entwicklung allgemeiner Infrastruktur entstanden ist. Als das Programm „Kostenlose nahrhafte Mahlzeiten" (Makan Bergizi Gratis, MBG; aufgrund seiner schlechten Qualität und Lieferung oft als „Makan Basi Gratis" oder „Kostenloses verdorbenes Essen" bezeichnet) eingeführt wurde, wurde die Strategie dieser Umverteilung des Staatshaushalts mit all ihren nachfolgenden Rechtfertigungen deutlicher. Trotzdem verzeichnete die Regierung einen Haushaltsüberschuss, der bei der Bank Indonesia hinterlegt wurde und aus der Anhäufung von SILPA (Haushaltsüberschuss) resultierte, wodurch das Finanzministerium am Ende des dritten Quartals 2025 mehr als 200 Billionen Rupiah an staatliche Banken (Himbara) auszahlen konnte. Dennoch gelang es der Regierung am Ende des ersten Jahres nicht, den Geldumlauf in der Bevölkerung zu erhöhen, und konnte somit bis Ende 2025 kein Wirtschaftswachstum erzielen.

Für das MBG-Programm veranschlagte die Prabowo-Regierung ursprünglich ein Budget von 71 Billionen Rupiah. Für 2026 stieg dieses Budget im Zuge der Ausweitung der Zielgruppe auf 335 Billionen Rupiah. Dieser Bedarf wurde durch die Umleitung von 223 Billionen Rupiah aus dem Bildungsbudget sowie aus dem Gesundheitssektor, wirtschaftlichen Funktionen und anderen Bereichen gedeckt.

Die Abholzung der tropischen Wälder in Papua verstärkt die ökologischen Schäden, ohne dass es klare Anzeichen für zuvor versprochene Ergebnisse dieses Programms im Bereich der Ernährungssicherheit gibt. Erwähnenswert ist das vorherige Scheitern des Programmes in Kalimantan, als Präsident Prabowo noch Verteidigungsminister unter der Regierung Jokowi-Ma'rufs war.

Das Tauziehen um den Haushalt zeigt, dass es aufgrund von operativer Effizienz in Form radikaler Haushaltskürzungen, die das Funktionieren der Regierung gestört haben, zu einem Zusammenbruch der Haushaltsdisziplin gekommen ist. Diese operative Effizienz geht nicht mit einer Allokationseffizienz im Sinne von Kosteneffizienz einher, sondern beinhaltet lediglich Ausgabenkürzungen ohne entsprechende Verringerung der Leistung und Wirkung der Finanzpolitik, ganz zu schweigen von der Bereitstellung von Notfallbudgets, wie z. B. Notfallkatastrophenfonds. Als ökologische Katastrophen wie Überschwemmungen und Erdrutsche in mehreren Provinzen Sumatras im Dezember 2025 Verluste von mehr als 50 Billionen Rupiah verursachten, schwieg die Regierung weiterhin und nahm keine Umschichtung des Haushalts 2025 für den Wiederaufbau nach der Katastrophe vor. Auch die MBG-Mittel, die mehr als 1 Billion Rupiah pro Tag erreichten, obwohl Anfang November 2025 noch ein Haushaltsüberschuss von rund 30 Billionen Rupiah bestand, kürzte die Regierung nicht.

Auf das Ausbleiben finanzieller Sanktionen gegen Holz- und Bergbauunternehmen, die mit den ökologischen Schäden in Sumatra in Verbindung stehen, folgten performative öffentliche Spendenaktionen einiger Minister*innen. Noch prekärer als das Ausbleiben von Sanktionen ist der unterstützende Rechtsrahmen in Form des Omnibus-Gesetzes zur Schaffung von Arbeitsplätzen, welches die politischen Bemühungen um Umweltschutz schwächt, indem es die Anforderungen für Umweltverträglichkeitsprüfungen (analisis mengenai dampak lingkungan, AMDAL) aufhebt und die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer*innen in den

Arbeitsbeziehungen untergräbt. Sowohl die Mittelbeschaffung als auch die zunehmende Vergabe von Genehmigungen für Waldrodungen und Bergbauaktivitäten in flussaufwärts gelegenen Gebieten und dichten Waldgebieten werfen seit Jokowi's Amtsantritt schon lange bestehende Fragen hinsichtlich der mangelnden öffentlichen Rechenschaftspflicht in der Regierungsführung auf.

Dieses Defizit an Rechenschaftspflicht stand auch im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, als Daya Aganata Nusantara (Danantara Indonesia Sovereign Fund) als Institution zur Verwaltung öffentlicher Gelder in Form von Vermögen und Kapital, einschließlich der Dividenden staatlicher Banken, da ein Teil ihrer Finanzlage durch staatliche Finanzbeteiligungen gestützt wurde, ins Leben gerufen wurde. Diese Institution, die vom Präsidenten gegründet wurde und diesem gegenüber rechenschaftspflichtig ist, ist ein Staatsfonds, der unter einer Superholding-Governance-Struktur verwaltet wird. Dadurch spielt die Indonesia Investment Authority (INA) nur eine untergeordnete Rolle , da sie lediglich Co-Investmentfonds verwaltet. Nur die von Amts wegen koordinierenden Minister*innen in den Bereichen Staatsfinanzen, staatliche Unternehmen und das Staatssekretariat sind Mitglieder des Aufsichtsrats, der eine Erweiterung des Präsidenten ist. Danantara ist ebenfalls direkt dem Präsidenten gegenüber rechenschaftspflichtig.

Obwohl eine Reihe staatlicher Aufsichtsbehörden im Aufsichts- und Rechenschaftsausschuss vertreten sind, handelt es sich dabei eher um einen Ad-hoc-Komitee mit begrenzter Aufsicht über die von Danantara verwalteten staatlichen Unternehmen. Dieser Auschuss setzt sich aus einer Kombination von Aufsichtsbehörden, die dem Präsidenten unterstehen (die interne Kontrollbehörde /BPKP, die Finanzaufsichts- und Rechnungsprüfungsbehörde/PPATK, die Polizei/POLRI und der Generalstaatsanwalt/Kejakgung); nicht strukturellen Behörden, die nicht direkt dem Präsidenten unterstehen (die Kommission zur Bekämpfung der Korruption/KPK); und einer hohen staatlichen Behörde auf Präsidialebene (die staatliche Finanzprüfungsbehörde/BPK) zusammen. Dennoch funktioniert der Aufsichts- und Rechenschaftsmechanismus für Danantara nicht direkt, da er mehrere Genehmigungsstufen durch das Repräsentantenhaus (DPR) durchlaufen muss und letztendlich wieder beim Präsidenten landet.

Neben der Haushaltspolitik sind nicht die politischen Parteien, sondern der Staatsapparat, insbesondere die indonesische Armee (Tentara Nasional Indonesia, TNI) und die Polizei (Kepolisian Republik Indonesia, POLRI), für alle oben genannten Ereignisse verantwortlich. Die Trennung der beiden Institutionen vom Dachverband der Streitkräfte (Angkatan Bersenjata Republik Indonesia, ABRI) war eines der hervorstechendsten Merkmale der Reformen von 1998 nach dem Sturz des Regimes der Neuen Ordnung Suhartos. Genau zu diesem Zeitpunkt kam es jedoch zu einem administrativen Ungleichgewicht zwischen den beiden Institutionen. Während die TNI dem Verteidigungsministerium (Kemenhan) untersteht, aber dennoch dem Präsidenten gegenüber rechenschaftspflichtig ist, ist die POLRI eine eigenständige Einrichtung ohne ministerielle Zuständigkeit, die direkt dem Präsidenten untersteht. Dennoch sind Anzeichen der Beteiligung beider Institutionen bei der Umsetzung verschiedener PSNs stets vorhanden, ganz zu schweigen von der anhaltenden Gewalt durch Angehörige der POLRI und der TNI, wie sie beispielsweise während und nach den Demonstrationen im August 2025 und dem bewaffneten Konflikt mit dem papuanischen Volk zu beobachten war.

Von Stimmrechtsvertretern zu eskalierenden Machtkonflikten

Wettbewerbe – wenn nicht sogar Konflikte – zwischen der TNI und der POLRI werden von der Öffentlichkeit oft als symbolischer institutioneller Gegensatz zwischen Prabowo und Jokowi wahrgenommen. Die Ambivalenz der Beziehung zwischen den beiden spaltet jedoch die öffentliche Meinung darüber, ob einer von ihnen zum selben politischen Lager gehört oder aus der Reihe getanzt ist. Jede Meinung hat eine empirische Grundlage, die sie rechtfertigt. Um den Mechanismus zu finden, der die Allianz oder den Konflikt zwischen den beiden Institutionen durch den Einsatz ihrer jeweiligen Stellvertreter hervorruft, benötigen wir hier einen weiteren Blickwinkel.

Die Annahme, die beiden wären im Einklang und würden auf derselben Seite stehen, lieferte nach den Wahlen 2019 die Grundlage für eine Versöhnung. Prabowo, der bei den Wahlen 2014 und 2019 als Konkurrent angetreten war, trat später in die Regierung von Präsident Jokowi für dessen zweite Amtszeit (2019–2024) ein, um der nationalen Einheit willen – so behauptete er zumindest. Nachdem Jokowis dritte Amtszeit nicht zustande kam, schlossen sich die beiden bei den Wahlen 2024 zusammen, mit Prabowo als Präsidentschaftskandidat und Gibran Rakabuming Raka, Jokowis ältestem Sohn, als

seinem Vizepräsidentschaftskandidaten. Obwohl Gibran in Kabinettssitzungen unter der direkten Leitung von Prabowo und in diplomatischen Interaktionen mit Partnerländern entfremdet wirkt, scheinen Prabowos gelegentliche persönliche Besuche bei Jokowi eine einfache Beziehung zu bestätigen.

Im institutionellen Bereich umfasst das 136-köpfige Kabinett von Prabowo-Gibran die Hälfte von Jokowis altem Kabinett. Zu diesem Zweck wurde das Gesetz 39/2008 über Staatsministerien durch das Gesetz 61/2024 geändert, mit dem die Obergrenze für die Anzahl der Kabinettsminister revidiert wurde. Diese Gesetzesänderung wurde kurz vor dem Amtsantritt von Prabowo-Gibran verabschiedet. Außerhalb der Exekutive wurde Jokowi mit der Gründung von Danantara Indonesia neben dem ehemaligen Präsidenten Yudhoyono in den Beirat berufen. Viele würden nicht bezweifeln, dass dies ein Hinweis darauf ist, dass Jokowi in den Augen von Präsident Prabowo einen besonderen Stellenwert hat.

Ungeachtet der oben genannten Fakten ist der angebliche Konflikt zwischen Prabowo und Jokowi nicht unbegründet. Schlussfolgerungen aus anderen Fakten zeigen, dass der Konflikt zwischen Prabowo und Jokowi vielschichtiger ist. Unter den verschiedenen öffentlichen Politiken ist die kontraproduktive Beziehung zwischen der TNI und der POLRI ein Konfliktfeld zwischen den beiden, das nicht nur symbolisch ist, sondern grundlegende Wurzeln hat, die immer deutlicher werden.

Die Konstellation des Stellvertreterkonflikts zwischen TNI und POLRI zeigt ebenfalls Ambivalenzen auf und lässt sich nicht schlichtweg durch den Wettbewerb zwischen Prabowos militärischem Hintergrund und Jokowis ziviler Vereinigung beschreiben. Obwohl Personen mit militärischem Hintergrund nach wie vor die bevorzugte Wahl für die Nachfolge in der nationalen Führung sind, bleibt das Portfolio der Kandidat*innen der entscheidende Faktor. Prabowo ist keineswegs repräsentativ für die Zuverlässigkeit von Personen mit militärischem Hintergrund, da er einst aus dem Militär entlassen wurde, ins Exil ging und noch immer im Schatten der Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen steht. Dies erklärt seine Position als Außenseiter bei den Wahlen 2009, als er mit Megawati Sukarnoputri kandidierte. Dasselbe galt für die Wahlen 2014 und 2019, als er mit einem Beamten kandidierte, welcher die Unterstützung einer großen Koalition

gegen Jokowis Lager hatte. Jokowi wurde einst als Protagonist gefeiert, der die einfachen Bürger*innen aus der unteren Mittelschicht ohne starke Verbindungen zur oligarchischen Elite vertrat. Während Jokowis zehnjähriger Präsidentschaft hingegen, als sein ältester Sohn gemeinsam mit Prabowo bei den Präsidentschaftswahlen 2024 antrat, bewies sich das Gegenteil dessen.

Die Tatsache, dass Luhut Panjaitans (Militäroffizier während Suhartos Neuer Ordnung), zentrale Positionen in Jokowis Regierung innehatte, zeigt, dass der Konflikt zwischen der TNI und der POLRI in Bezug auf den persönlichen Hintergrund von Prabowo und Jokowi zunehmend verschwimmt. Politische Personifizierung ist in Indonesien zwar weit verbreitet ist, doch weder verkörpert Jokowi eindeutig nur POLRI, noch verköpert Prabowo eindeutig nur TNI.

Blickt man auf die Anfänge der Reform nach dem Ende des Neuen Ordnungsregimes von Präsident Suharto zurück, zeigt sich, dass der Konflikt zwischen TNI und POLRI mit Veränderungen im institutionellen Rahmen der indonesischen Streitkräfte (ABRI) zusammenhängt. Die TNI und die POLRI wurden im Zuge der Auflösung der ABRI als Einheit voneinander getrennt. Die militärische Professionalität der TNI hat ihren Handlungsspielraum eingeschränkt, sie auf die Kasernen beschränkt und allen von Militäreinheiten verwalteten Geschäftstätigkeiten ein Ende gesetzt. Das Mandat für die TNI-Reform in Gesetz 34/2004 steht im Widerspruch zur seit der Auflösung der kommunistischen Partei (Partai Komunis Indonesia, PKI) in den Jahren 1965-1966 bestehenden Lehre der Doppelfunktion der ABRI. Als Teil der Volkskonsultativversammlung (Majelis Permusyawaratan Rakyat, MPR) hatte die TNI, entsprechend der damaligen Zusammenlegung des militärischen Territorialkommandos mit den Verwaltungsbezirken der Kommunalverwaltungen, verschiedene zivile öffentliche Ämter in der Exekutive in Ministerien, in nichtministeriellen Institutionen und in Kommunalverwaltungen inne. Die Veränderung des institutionellen Rahmens der ABRI bedeutete für die TNI die Einschränkung dieser Freiheiten.

Die POLRI hingegen erhielt nach der Trennung von der TNI mehr Freiheiten. Dies bedeutete nicht etwa, dass sie jedes öffentliche Amt bekleiden durften, sondern vielmehr, dass sie ihren zivilen Charakter beibehalten konnten. In den ersten zehn Jahren nach der Reform blieb die POLRI ihrer Rolle als Strafverfolgungsbehörde,

unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit, treu und Polizist*innen bekleideten ausschließlich nach Pensionierung oder dem Ausscheiden aus der aktiven Mitgliedschaft öffentliche Ämter. Während der territoriale Zuständigkeitsbereich der TNI auf Verteidigungsangelegenheiten beschränkt ist, ist die zivile POLRI zusammen mit wichtigen lokalen Regierungsbeamt*innen zu einem integralen Bestandteil der regionalen und lokalen Führungskoordination geworden.

Die finanziellen Folgen der oben genannten institutionellen Rahmenbedingungen sind unvermeidlich. Während die POLRI über ein vollständiges Budget im Sicherheitsbereich verfügt, muss sich die TNI das Budget für den Verteidigungsbereich mit dem Verteidigungsministerium teilen, und das obwohl sie seit ihrer Gründung in drei Zweige unterteilt ist: Armee, Marine und Luftwaffe. Die POLRI, die Sicherheitsaufgaben überimmt, ist auch an das Budget für die Sicherung der Aktivitäten der lokalen Verwaltung gebunden. Es ist üblich, dass Regulierungs-, und Aufsichtsstellen im Zusammenhang mit Verkehr und dem guten Verhalten der Bürger*innen in die POLRI integriert werden. Auch budgetäre Funktionen, in Form von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen, wie zum Beispiel den Einnahmen aus der Bearbeitung von Führerscheinen, Fahrzeugzulassungsbescheinigungen, polizeilichen Führungszeugnissen gehören dazu. Die TNI bearbeitet keine dieser Angelegenheiten. Es ist jedoch gängige Praxis, TNI-Personal zur Sicherung von Entwicklungsprojekten staatlicher Stellen oder sogar jener von privaten Akteur*innen einzusetzen. Diese Einsätze werden häufig als Aufgaben der TNI im Rahmen von Militäroperationen außerhalb von Kriegssituationen getarnt und sollten in ihrem Umfang begrenzt sein.

Die Einbindung der POLRI in die Regierungsverwaltung nach dem Amtsantritt von Jokowi diente nicht einzig als Maßnahme der Strafverfolgung. Obwohl die unverhältnismäßige Verteilung der Budgets zwischen dem Sicherheits- und Verteidigungssektor und die unterschiedlichen Einnahmequellen bereits seit langem bestehen, nutzte Jokowi die Agenda und die Instrumente der Verwaltungsreform, um die POLRI in ihrer Rolle als Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht zu stärken.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes 19/2019 hat Präsident Jokowi nach der Einführung für seine zweite Amtszeit die Kommission zur Bekämpfung der Korruption (Komisi Pemberantasan Korupsi, KPK), die ursprünglich eine staatliche Hilfsbehörde und unabhängige Institution außerhalb der Regierung war, dem Zuständigkeitsbereich der

Exekutive zugeteilt. Die Leistung der KPK, welche zuvor unter der Regierung Yudhoyono (2004–2009 und 2009–2014) formidable gewesen war, war während der zweiten Amtszeit von Jokowi hingegen unterdurchschnittlich. Durch die Aufwertung der Rolle der POLRI bei der Korruptionsbekämpfung jedoch, wurde dieser Leistungsnachlass ausgeglichen. Präsident Prabowo wirkt diesem Trend entgegen, indem er die Rolle der Generalstaatsanwaltschaft in ähnlichen Bemühungen in den Vordergrund rückt. Die Ergebnisse der KPK-Operationen zur Ergreifung auf frischer Tat nach einem Jahr der Regierung von Prabowo-Gibran übergibt Prabowo beispielsweise zur weiteren Bearbeitung an die Staatsanwaltschaft. Im Jahr 2025 wurde die Staatsanwaltschaft von der TNI gesichert, obwohl dies die Aufgabe der Polizei ist. Insbesondere seit der Bekanntwerdung eines Konflikts zwischen der Generalstaatsanwaltschaft und der Polizei (POLRI) von Mitte bis Ende 2024 wurde die Sicherung der Staatsanwaltschaft verschärft. Wegen der Beschattung des stellvertretenden Generalstaatsanwalts für Sonderverbrechen (Jampidus) verhaftete die Staatsanwaltschaft Mitglieder der polizeilichen Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung (Densus) 88.

Während der Amtszeit von Jokowi bekleideten aktive Mitglieder der POLRI öffentliche Ämter außerhalb des Bereichs der Strafverfolgung, ohne dass zuvor die rechtlichen und formalen Grundlagen überarbeitet worden wären. Präsident Prabowo konterte diese Entwicklung mit der Änderung des Gesetzes Nr. 34/2004 über die indonesischen Streitkräfte (TNI) zum Gesetz Nr. 3/2025. Dies stellte einen Kompromiss zwischen den politischen Fraktionen seiner Anhänger dar, ohne die Rolle der TNI einzuschränken oder zu negieren. Das neue TNI-Gesetz legalisierte zwar nicht die geschäftlichen Aktivitäten der TNI, schuf jedoch eine Rechtsgrundlage für die Ausweitung der Rolle aktiver TNI-Mitglieder auf vierzehn zivile öffentliche Ämter. Für POLRI-Mitglieder hingegen besteht die Möglichkeit unter bestimmten, von der durch die Jokowi-Regierung erlassenen POLRI-Verordnung 9/2017 geregelten Bedingungen geschäftliche Aktivitäten auszuüben. In der Realität hat sich die unternehmerische Rolle der TNI unter der Regierung Prabowo nicht nur in der Umsetzung nationaler strategischer Projekte (PSN) zur Ernährungssicherheit fortgesetzt, die sich von Kalimantan bis Papua erstrecken, sondern ist auch zum Rückgrat der Verwaltung des Programms für kostenlose nahrhafte Mahlzeiten (MBG) unter der Nationalen Ernährungsbehörde (Badan Gizi Nasional, BGN) geworden.

Die Vorherrschaft der POLRI scheint weiterhin bestehen zu bleiben. Als das Verfassungsgericht Ende 2025 mit seiner Entscheidung Nr. 114/PUU-XXIII/2025 aktiven Polizeibeamt*innen die Ausübung eines öffentlichen Amtes untersagte, reagierte die POLRI darauf mit einer Gegenauslegung in Form der Polizeiverordnung 10/2025. Diese Polizeiverordnung eröffnet aktiven Mitgliedern der POLRI die Möglichkeit siebzehn Ämter im öffentlichen Dienst zu besetzen, das ist mehr als es TNI-Mitgliedern nach dem neuen TNI-Gesetz gestattet ist. Diese Polizeiverordnung verstößt nicht nur gegen das indonesische Polizeigesetz 2/2002, sondern auch gegen das Beamtengesetz. Präsident Prabowo hat die Möglichkeit, die Maßnahmen der POLRI einzudämmen, indem er als Folgemaßnahme zu der Entscheidung des Verfassungsgerichtes eine Regierungsverordnung (Peraturan Pemerintah, PP) erlässt, deren konkrete Umsetzung dann folgen muss.

Fazit

Konflikte zwischen politischen Eliten und oligarchischen Fraktionen sind in der Politik keines Landes etwas Neues. Insbesondere nicht in Indonesien, in welchem nicht allein die Festigung der Demokratie gescheitert ist, sondern sogar ein Kurswechsel hin zur Autokratie stattgefunden hat. In dem eskalierenden Machtkampf zwischen dem Lager des ehemaligen Präsidenten Jokowi und dem Lager von Präsident Prabowo schien Prabowo in seinem ersten Amtsjahr (2024-2025) zwar eine persönliche Beziehung zu Jokowi beizubehalten, aber auch einen institutionellen und politischen Rahmen aufzubauen, der mit den von seinem Vorgänger übernommenen institutionellen und politischen Strukturen konkurrierte.

Die Dynamik der Beziehungen zwischen den Eliten gefährdet das Schicksal des politisch-administrativen Systems und ist das Ergebnis von Prabowos Bemühungen, die Machtverhältnisse mit Jokowi und seinen Vertrauten, welche weiterhin in Prabowos Kabinett vertreten sind, neu zu strukturieren. Dabei missbraucht er Instrumente der Verwaltungsreform. Die demokratischen institutionellen Rahmenbedingungen schaffen eher eine Grundlage für die Praxis eines Machtstaates als der für einen Rechtsstaat.

Dr. Defny Holidin *ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Fakultät für Öffentliche Verwaltung der Universitas Indonesia.*

Bildquellen des Banners (von rechts nach links)**:**

- Project M/Adrian Mulya. 2025. via Instagram.
- Cyberneticboylol. 2025. A Protestor is seen waving the One piece flag as part of the protest in front of the Ayala bridge during the riot on September 21, 2025. *Wikipedia.* https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/1/1d/Smokes_fire_and_a_flag.jpg/960px-Smokes_fire_and_a_flag.jpg?20250923050754
- Willy Kurniawan/REUTERS. 2025. https://eastasiaforum.org/wp-content/uploads/2025/09/2025-09-04T121653Z_1757005592_RC2XKGAIB25S_RTRMADP_3_INDONESIA-POLITICS-PROTESTS-scaled-1024x682-c-default.webp
- YLBHI. 2025. Peringatan Darurat: Presiden Mesti Tarik Draf RUU KUHAP (14/11/2025). https://ylbhi.or.id/wp-content/uploads/elementor/thumbs/PRESIDEN-MESTI-TARIK-DRAF-RUU-KUHAP-reojnh41lkdts2je7bpzrrnjo6blvvocdj00mj3yq0.png
- YLBHI. 2025. Evaluasi Respons Pemerintah dan DPR RI Pasca Aksi Agustus 2025 (15/09/2025). https://ylbhi.or.id/wp-content/uploads/elementor/thumbs/Screenshot-2025-09-15-at-20.42.04-rbsna7gonm7lxxx8ppjri1uip7531hjalqa8xuupag.png
- JemberTimes. 2025. Update Bencana Sumatra: Korban Banjir dan Longsor Mencapai 442 Jiwa, Ratusan Masih Hilang. https://i1.wp.com/risetcdn.jatimtimes.com/images/2025/11/30/37cc081d9394.jpg?quality=50
- Fomac. 2025. https://www.fomac.co.id/uploads/images/blog/Rekomendasi_Mesin_Fomac_untuk_Mitra_Program_Makan_Bergizi_Gratis.jpg
- Bagir Bahana. 2019. https://unsplash.com/de/fotos/menschen-auf-der-strasse-E-sc3-9dWzU

Gefördert durch:

Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

Watch INDONESIA!

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten spiegeln die der Autor*innen wider und entspricht nicht notwendigerweise dem Standpunkt von Brot für die Welt.